

**Erstklassig täglich**  
 und zwar mit Ausnahme  
 der Feiertage und Sonntagen.

**Abonnementpreise**  
 monatlich 50 Pf.  
 vierteljährlich 1,40 Mk.  
 halbjährlich 2,80 Mk.  
 jährlich 5,60 Mk.  
 Durch die Post bezogen  
 1,00 Mk. zuz. Postgebühren.

**Die Neue Welt**  
 (Ergänzungsbeilage)  
 durch die Post nicht bezogen,  
 kostet monatlich 10 Pf.,  
 vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.  
 Telegramm-Abdruck:  
 Volksblatt Halle/Saale.

# Volksblatt

**Insertionsgebühren**  
 für die erste Spalte  
 pro Zeile und deren Raum  
 20 Pfennig.  
 für erneuerliche Anzeigen  
 15 Pfennig.  
 Im rekognoscieren Gebot  
 halbiert die Rate 75 Pfennig.

**Insertate**  
 für die erste Spalte  
 müssen spätestens bis  
 mittags (halb 12 Uhr) bei  
 der Redaktion ankommen  
 sein.

Erhalten in die  
 Postanstalt.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Saengerhausen-Eckartsberga  
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

## Ein Tag des Volkes!

Die Rechtlosen des Wahlrechts warben durch glänzende Straßendemonstrationen für's gleiche Wahlrecht!

### Die Polizei zur Ordnung gezwungen!

**Auf die Straße! Auf die Straße!**  
 Das war die Losung der organisierten Massen der  
 dreihundert Wahlrechtskämpfer am gestrigen Sonntag.  
 Und die Straße hat glänzende Bilder disiplinierter,  
 aber entschlossener und kampfesbegeisterter  
 Volksmassen von Hunderttausenden gesehen, die  
 sich durch Ausübung des gleichen Rechtes auf die Straße  
 das gleiche Recht zur Volksvertretung er-  
 erbten wollen. Ihre Würde erzog die polizeiliche Miß-  
 gunst. Nur hier und da gelang es noch nicht, Polizeibrutalitäten  
 zu verhindern.

Der Wahlrechtskampf geht vorwärts, geht auf-  
 wärts! An ihm können wir die Triebkräfte der poli-  
 tischen Entwicklung in ihrer ganzen Uffkraft studieren und  
 am Werke sehen.

Man denke nur vier Jahre zurück! Am 21. Januar  
 1906 begann die Sozialdemokratie den Kampf gegen die  
 Dreiklassenwahlrecht. In fünf Jahren, sich hier und  
 da hervorragende Straßendemonstrationen. Und heute  
 Gesehern wogten in 60, in 80, in 100 Städten unüberseh-  
 bare Bände durch die Straßen, wohlgeordnet, uner-  
 schütterlich für's gleiche Wahlrecht eintretend, jeder Teil-  
 nehmer mit seiner Person, seinem Leibe!

**Und die Staatsgewalt!** Am 21. Januar 1906  
 traten Polizei und Militär „erschütterlich“ den Wahl-  
 rechtsdemonstranten entgegen. Herr Bülow ließ in Berlin  
 die Kanonen aufheben, in tausend Formen ging das  
 Kommando durch den „starren Staat“: ein Recht auf die  
 Straße gibt es nicht. Niemals! Niemals! Niemals!  
 Und heute? Das Recht auf die Straße haben sich die  
 Massen souverän genommen — und es wird er-  
 halten werden! Wohl hat das dreifach degradier-  
 te Volk Blutopfer bringen müssen, wohl hat vor Jahresfrist  
 in Berlin, in Hannover, und kürzlich in Halle und andern  
 Städten Proletarierblut auf der Straße gedampft. Aber  
 da die Wutlast des Polizeijähels die Massen taufendfach  
 vermehrt, da jede Säbelattacke den Mut und die Ent-  
 schlossenheit der Massen steigert — so steht jetzt die  
 Frage haarscharf auf Wiegen oder Brechen. Ent-  
 weder man läßt das wahrheitsentrechtete Volk ge-  
 wahren, oder versucht, jeden Sonntag Hundert-  
 tausende abzuschlachten; ein Drittes gibt es  
 nicht.

Die Triebkräfte des geschichtlichen Fortschritts, die  
 Massen der Arbeiterklasse, werden jeder Zerk-  
 nung gewachsen sein. Die Reaktion kann sich entscheiden. Und sie  
 scheint sich entscheiden zu wollen, vorerst für das  
 Wiegen. In fast allen Städten hat die Polizei freilich  
 gegen die Demonstrationen das übliche forsjche Reini-  
 „Niemals!“ geschmarrt, aber sie hat den jubelnden Säbel  
 in der Scheide gelassen, als die Massen das „Nein“  
 souverän verachteten und einfach in ungeheuren Zügen  
 angerückt kamen. Wo die Polizei nicht prozoozierte und  
 nicht hieb und nicht stach, kam es selbstverständlich ni-  
 rgen d s zu Störungen oder „Ausfchreitungen“, wo die  
 Polizeipresse die Säbeln zu begehnen pflegt.

Zum tausendsten Male wurde glänzend der Weis-  
 geführ, daß die Massen des rechtsfordernden Volkes eine  
 unererschütterliche Disziplin einhalten, wenn sie polizeiliche  
 Bevormundung, Nervosität, Machtwort und Brutalität  
 nicht darin gewaltsam fürst. Das Volk ist völlig reif,  
 sich selbst überall zu regieren — und die  
 Reaktion will ihm das bescheidene gleiche Wahlrecht  
 verteidigen?

Das ungleiche Wahlrecht ist vorerst der Gestein ge-  
 worden, um den sich die Reaktion konzentriert. Er wird  
 durch die Erzwingung des gleichen Rechtes auf die Straße  
 ins Wanken gebracht und geschleift werden.

Noch einmal: Das Volk läßt sich nicht abweisen! Es  
 kommt wieder, stärker, machtvoller, entschlossener! Nicht  
 doch nur auf Halle! Am schmadvollen Blutsonntage  
 hieben und stachen Polizeijähel in friedliche Massen,  
 raffen Veritene in die Rechtlosen und hieben vom Pferde  
 auf wehrlose Fliehende. Ein brutaler, bestialischer An-  
 blick, der das Herz krampfen macht. Aber das Volk kam  
 wieder! Die Rechtlosen waren weder von der Gerechtigkeit  
 ihrer Rechtslosigkeit überzeugt worden, noch hatten sie  
 auch nur ein Quentchen Furcht. Sie waren unbedingam  
 entschlossen, jede Gewalt durch unerfchütterliche Disziplin  
 abprallen zu lassen. Und siehe da: Zehntausend zogen in  
 derselben musterhaften Ordnung wie am Blutsonntage  
 die Neue Promenade hinauf, an der Post vorbei, die  
 Steinstraße hinauf bis zum Hofplatz. Aber diesmal der  
 Unterschied in der Haltung der Polizei: keine Säbelkette  
 teilte die Massen an der Post auseinander, keine stür-  
 mende Kolonne trieb die Wehrlosen blutig die Promenade  
 hinauf. Man ließ die Bände passieren. Nur der Hof-  
 platz war die Festung, die die Polizeimacht belagert  
 hielt. Die Demonstranten machten selbstverständlich  
 nirgen d s den Versuch, den weiten Platz „gewaltsam“  
 zu entziehen, sondern zerteilten sich völlig ruhig, nachdem  
 sie sahen, daß die strategische Kunst der Halleschen Staats-  
 gewalt den Schutz der oben Fläche als ihr Hauptziel er-  
 forden.

Die Rechtlosen des Wahlrechts haben durch disziplinierte  
 Ausübung des Rechtes auf die Straße der Staatsgewalt  
 eine moralische Lektion von ungeheurer Macht gegeben.  
 Sie haben wiederum aller Welt bewiesen, daß nicht sie  
 die Schuldigen sind, wenn Blut fließt: Sie haben sich  
 nicht ein Jota anders benommen als am 18. Februar.  
 Was sich geändert hat, das war die Taktik der  
 Polizei! Und wenn das nächste Mal die fordernde  
 Volksmenge abermals gewachsen, wenn die durch die  
 glänzenden gelungenen Demonstrationen gewonnenen  
 neuen Tausende in die Reihen der Wahlrechtskämpfer ge-  
 treten sind, dann dürfte wohl allerseits Klarheit darüber  
 herrschen, daß der Polizeijähel die schlechteste Be-  
 lehrung der Rechtlosen des Wahlrechts ist.

In allen Orten, aus denen bis zur Abfassung dieses  
 Aufsatzes Nachrichten vorliegen, vor allem auch aus  
 unserm Verbreitungsgebiet, hat sich die Teilnahme an den  
 Demonstrationen gesteigert. Ein prächtiger Beweis,  
 daß die Straßendemonstrationen nicht „wirkungslos“,  
 wie die Gegner höhnen, sondern daß sie das treff-  
 lichste Werbemittel sind, das wir nur denken  
 können. Unsere Worte haben in unsere Reihen geholt,  
 wen sie erreichen konnten — aber unsere aufmarschieren-  
 den Reihen holen nun die Fernstehenden, Zaudernden,  
 bisher Zagenen. Vor allem aber stählen sie den Mut  
 der Kämpfer, elektrifizieren für den siebzehnten Massen-  
 schritt, und geben der Menge der Rechtlosen das Ver-  
 trauen in ihre Kraft.

So erzielen und fühlen sich die Kräfte des großen ge-  
 schichtlichen Fortschritts, die vorerst den Massen die demo-  
 kratische Gleichberechtigung erkämpfen — und dann mit  
 ihr die Erlösung des Volkes vollbringen werden.

Der Demonstrationssonntag war ein Schritt aufwärts!

### Der Crumpftag in Berlin.

Aus Berlin in wird uns geschrieben:  
 „Nach das noch!“ mag der Berliner Polizeipräsident gefascht  
 haben, als er am Sonntagmorgen sein Fenster öffnete und in  
 einen herrlichen Frühlingstag hinausah. Der blaue Himmel  
 und der helle Sonnenschein hatten sich um dem Vorwärts und  
 den Berliner Gemütern verbunden, um die Wosierung der  
 Reichshauptstadt zu verbötenen Sandlungen anzuregen. Wie  
 sein anderer lachte dieser Tag zum Spaziergehen und Demo-  
 stration, er verbrachte nichts Gutes für den Reiter der Berliner  
 Polizei, der es sich in den Kopf gesetzt hatte, den Berliner an  
 diesem Tage Hausarrest zu diktieren.

Und wie mag sich der stille Gram des nervös überreizten  
 Polizeipräsidenten zum jähem Ekstas verwandelt haben, als er  
 erfuhr, daß die Berliner Arbeiter durch einen geschickten und  
 unerfchrodenen Zug seinen ganzen genialen Schladplan über  
 den Haufen gemoren hatten. Der Treuhober Harz war von  
 allen Seiten von Polizei umzingelt und verbarbarisiert — ver-  
 barbarisiert nicht bloß im bildlichen sondern im wörtlichen  
 Sinne des Wortes, denn der direkt nach dem Parteiführende  
 Zugang der Staatskassation war mit 1000 Mann in 300  
 ver schlagten, dahinter aber haben die Schwebel des  
 verbötenen Paradieses mit Säbel und Revolver. Auch  
 alle anderen Zugänge waren mit doppelten Schutzmännchen  
 abgeperrt, die so dicht waren, daß die Mannschaften kaum  
 nebeneinander stehen konnten. Da konnte also keine Maus  
 hindurch. Während aber die Kerntuppen des Polizeipräsidenten  
 sich draußen, am letzten Ende Berlins, die Weine in den  
 Leib hielten, demonstrierten weit über hunderttausend Arbeiter — in  
 Berliner Ziergarten,

also im Herzen der Reichshauptstadt, vor dem Brandenburger  
 Tor, vor dem Reichstag, auf dem Königsplatz, in der Leipziger  
 Straße. Herr v. Jagow hat es also erreicht, daß er einen  
 Massenparade an der Peripherie verhindert, aber er hat  
 dafür eine Massenemonstration im Zentrum eingetauscht und  
 ganz Berlin auf den Kopf gestellt. Die Empörung der arbei-  
 tenden Massen über die Dreiklassenwahlrecht und das schaffe Frei-  
 sein im Landtag hat er nicht erlitten, er hat also dafür die Ent-  
 richtung des bürgerlichen Publikum gegen sich in einem Maße  
 erzeugt, daß seine Entfernung aus dem Amte, dem er nicht ge-  
 wachsen ist, nur eine Frage der nächsten Zeit sein kann.

Der klassische Satz der Proklamation vom 18. Februar: Die  
 Straße dient lediglich dem Verkehr! ist von den Massen des  
 Herrn v. Jagow in einer Weise illustriert worden, daß die  
 Phantastie keines Karlsruher Baron daran reicht. Berlin  
 stand am 8. März im Zeichen der Abperrung. Die wich-  
 tigen Verkehrsadern wurden polizeilich unterbunden,  
 Straßenbahn- und Omnibuslinien entweder eingestellt oder  
 umgeleitet, das Publikum der Elektrischen, das sein Fahrzeug  
 besaß, wurde weit vor dem Ziel zum Stillstehen ge-  
 zwungen. Auf höchste Anfragen gab es grobe Antwort. Wirk-  
 schaften, die sonst an jedem Sonntag eine Heberfülle von Be-  
 suchern aufzuweisen hatten, blieben leer, denn es bestand nicht  
 die mindeste Aussicht, lebendigen Leibes dahin zu gelangen; der  
 Schaden, der den Wirten aus diesen völlig amlofen Abperr-  
 ungen erwachsen ist, dürfte geradezu enorm sein. So kam es,  
 daß gerade das unpolitische Publikum von einer wilden  
 Wut gegen die Polizei erfüllt wurde, daß an allen Ecken  
 und Enden Vermisshungen laut wurden, man könnte sich beinahe  
 wundern, daß es nicht zu Zerkhreitungen aus diesen Kreisen ge-  
 kommen ist, von deren erbitterten Mägen alle Straßen, alle  
 Stadt- und Straßenbahnwagen widerballen.

Was ist nun durch diesen gegenlofen Umzug, der den In-  
 willen der ganzen Reichshauptstadt erzeugte, eigentlich erzielt  
 worden? Nicht als die Wiederholung des Beweises, daß eine  
 Bevölkerungsmasse, die demonstriert will, von familiären  
 Mägen, Reifigen und Polizeipräsidenten der Welt daran nicht  
 gehindert werden kann. „Seite von 1-2½ Uhr Wahlrechts-  
 parade“ hatte der Vorwärts angekündigt. Und ohne daß der  
 Ort des Spaziergehens durch die Polizei belangig gemacht worden  
 war, fanden sich Punkt 1½ Uhr Zehntausende und Übergangstausende  
 von Parteigenossen im Ziergarten ein, bis die ganze  
 Charlottenburger Ghauffe vom Brandenburger Tor bis zum  
 Großen Stern, die Siegedalle, das Paten der Siegessäule  
 und die Wampe des Reichstags hinter dem Bismarckdenkmal  
 von einer einzigen, unübersehbar, gewaltig wogenden Masse  
 erfüllt war. Aus der Menge, aus vorbeifahrenden Droschken  
 und Automobilen wurden rote Fahnen geschwenkt, und  
 immer wieder erneuert sich die Gesänge und die weithin  
 schallenden Rufe nach einem freien Wahrecht. Bald ge-  
 nütten die breiten Hauptwege den Massen nicht mehr, durch  
 Seitengassen marschierten lange Bände, sammelten sich auf den  
 Plätzen zu dichten Haufen, aus denen dann wohl auch der eine  
 oder der andere auf die nächste Wamp sprang, um in einer  
 Augenblicke auf die Bedeutung der wohlgeordneten  
 Umgebung hinzuweisen. Punkt 2½ Uhr begann die Auf-

Lösung der Rüge und der Abmarsch der Hauptmasse über den Königsplatz gegen Raubit zu, während ein kleinerer, aber über die Königsplatzstraße, Leipziger Straße und untere Wildenstraße nach dem Theater zu abmarschierte. Die ganze Kundgebung machte in ihrer Gesamtheit einen sehr lebhaften Eindruck, den keiner, der sie miterlebte, leicht vergessen wird. Dieser erste Berliner Wahlrechtskongress war ein Meilenstein für die Berliner Genossen, er stellt ihrer tätigen Umsicht, ihrer zielstrebigsten Entschlossenheit und ihrer Ergebung durch die Organisation ein geradezu glänzendes Zeugnis aus. Diese ausgezeichnete Erziehung zur Disziplin und Kampfbereitschaft war aber auch durchaus notwendig, um schwere Zusammenstöße mit der Polizei zu vermeiden. Die löbliche Verkehrshindernisse spielte, obwohl sie sich hier völlig verlor, denn die Polizei ließ sich nicht durch die Menge hindern, sondern ließ sie ruhig durchziehen, bis der Aufbruch zu Ende war, um dann plötzlich mit Wucht in die friedlichen Menschenmassen hineinzutreten. Gleich zu Beginn der Demonstration liefen es einige Verirrte für erschrecklich.

Die Säbel zu ziehen und in die Masse hineinzufahren, wobei einige Verirrten verletzt wurden. Andere wurden durch Pferdehufe beschädigt. Später schien die Polizei zu begreifen, welche traurige Rolle sie spielte, und verhielt sich etwas zurückhaltender. Trotzdem wurden noch während des Abmarsches der Massen von einigen gewalttätigen Elementen der Schwammenschaft Säbel gezogen und auf die Menge losgehauen. Niemand aber und auf keine Weise ist es diesen polizeilichen Einwirkungen gelungen, die musterhafte Ordnung der Demonstration zu brechen. Das blasse Ehrenbild der Berliner Arbeiter blieb rein. Für sie war der 6. März ein gewöhnlicher Tag.

Die Wagnisse der Berliner Polizei ist grenzenlos und sie wird nicht vermindert durch den Umstand, daß auch in der Nähe des Treptower Parks Stadien auf friedliche und harmlose Spaziergänger unternommen wurden. Der lospolle Polizeipräsident, der in seinen verirrten Gelassen zum Schluß gar noch die Hilfe der öffentlichen Meinung gegen den „Egoismus“ der Schwammemonstranten anrief, wird sich von dieser öffentlichen Meinung sagen lassen müssen, daß sein System einen Patriot nicht erlebt hat, von dem es sich nicht wieder erholen wird.

Von anderer Seite schreibt man uns: Das bekannte Sonntagspublikum war schon um 12 Uhr mittags im Tiergarten anwesend, als mit einem Wort alle Wege des Tiergartens lange kumfelig wurden. Die Menschen, die nach dem großen Sturz kamen, gingen in alle Richtungen, bis sie auf das Bahngelände, im Anlauf dazu wurde die Marschroute des Festivals. In diesem Moment kam ein Trupp herbeigekommene Leute angetreten, sie nach einigen Worten des Kommandierenden an die Menge blatt und ritt in dieselbe hinein, die sich in die Gasse ergoß und in die feinsten gelegenen Straßen schloß. Es wurden einige Frauen niedergeworfen.

Als die Menge immer höher anwuchs, kommandierte ein Polizeioffizier und die Schaulustigen forderten die Menge zum ersten, zweiten und dritten Male auf, auseinanderzugehen. Die Menge konnte dies nicht so schnell tun, und so ritten die Schaulustigen mit ihren Pferden in die Menge hinein und ließen sie auf den blauen Klängen zu. Eine Frau erhielt einen schweren Schlag auf den Arm, ein Mann über den Rücken, einer soll getroffen worden sein oder das Auge verloren haben. Parteigenossen und bürgerliches Publikum ließen den Kommandierenden die Offiziere ganz energisch zur Rede, wo sie gegen harmlose Spaziergänger die Pferde losließen. Man konnte die in tugendlicher Disziplin herüberziehen. Das schien einigermassen zu wirken, denn die Reizbarkeit der Polizei ließ etwas nach. An anderer Stelle des Tiergartens erfolgten noch wiederholte Stadien. Die Gasse verbreitete sich über den ganzen Tiergarten. Die Zahl der Demonstranten war von verschiedenen Seiten, selbst von der Polizei, auf 150 bis 200 000 geschätzt. Aus dem bürgerlichen Publikum konnte man die lebendigen Anmerkungen über die vorzüglichste Haltung und Disziplin der Menge, sowie über die famose Organisation dieser Aktion der Dampfung der Polizei vernommen. Neben der Marschroute wurde das bekannte Lied: „Wir sind die Arbeiterklasse“ beständig gesungen. Vom Königsplatz hatte sich ein Trupp nach dem Theater geschoben, ebenso nach die Gasse und das Denkmälchen Reichstag bestieg.

Am Eingang des Reichstagsgebäudes gab ein Genosse mit der roten Fahne ein Zeichen und da setzte aus vielen tausendstimmigen Reihen der Gesang

ein: „Wer schafft das Gold zu Tage? Raum war die erste Stufe zu Ende, sprengte ein Trupp von 80 Schaulustigen vom Eichen her auf die Laufbahn des Reichstagsgebäudes und trieb die Massen auseinander.“

Gegen 1 1/2 Uhr, der Parade des Vorwärts zufolge, zerstreuten sich die Massen bis auf kleinere Trupps, die dann auf Aufspürung von Genossen ebenfalls auseinander gingen. Der Zweck des Marsches war glänzend erfüllt.

### Die Frauen waren dabei!

Von der Offizin Nr. 8. Wir sind aus Berlin geschieden: Das war ein Wahlrechtskongress, zu dem herrlichen Gelingen die Frauen und Mädchen des Berlin in vollem Maße beigetragen haben! Der sich allmählich bildende Berliner Wahlrechtskongress hat sich, daß er jedem Spaziergänger unserer Partei mit Volleignen entgegenzutreten werde. Die Partei piff etwas darauf. Das wäre auch noch schöner, daß sie das ungesetzliche Verbot eines Wahlrechtspräsidenten befolgte, der von den Steuergeboten der Arbeiter seine Existenz erhält und dem es in erster Linie zulehrt, das Gesetz zu verletzen. Die Frauen und Mädchen haben gemeinsam mit ihren Männern und Brüdern gezeigt, daß sie spazieren gehen, wenn es ihnen gefällig ist.

Kein häßliches Gehen bei ihnen, kein anfälliges Juristisches ihrer Männer, sondern zu aber, und abermals! Jehtausenden sind sie in Reich und Glied marschiert und haben mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht auch das volle Staatsbürgerrecht des Weibes gefordert.

So brauende Begeisterungsurufe sind wohl noch nie zu den Wipfeln der uralten Eichen und Erlen des Berliner Tiergartens gellungen. Ich wünschte aus Herzensgrund, daß sich unsere Genossinnen von dem Bande und aus dem Kleinen Probieren in die Freiheit hätten mit beifügen können, die so hart für ihre freie Hebruegung kämpfen müssen, und denen ob all der Widernüchternheiten in manchen Stunden etwas wie Jagdseligkeit überkommt. Wenn sie diesen Massentritt der Arbeiterpartei gebildet, dieses hunderttausendköpfige Heer ihrer Parteigenossen und Genossinnen gesehen hätten, würde jeglicher Meinungsstand vor der Gewißheit, wie breit der Sozialismus seine Wurzeln auch in der Masse der Frauen gefolgt und was für eine Macht heute hinter den sozialistischen Idealen steht.

Die Verbreitung dieses Wahlrechtsbewußtseins in der Arbeiterklasse ist es ja auch, was die Besonderen stürzen und was sie gegen die Arbeiterdemonstrationen so tüchtig läßt. Die Massen des alten Marsch immer dann ihren Gerten gefährlich geworden, wenn sie sich zu zählen begannen — auch der kleine Proletariat wird gefährlich, wenn er seine Rechte kennt, die Zahl seiner Rufe überlebt. Nicht gefährlich in dem Sinne, daß Demonstrationen gleich Vandalenhand die öffentliche Sicherheit betreiben. Die Sicherheit wird immer nur von der blühendsten eingetragenen Staatsgewalt gefährdet. Als am Sonntag die blauen Klängen in der hellen Sonne blühen und die Hünengetalten der Weiritten einen Augenblick lang in die feillich gehobene Menge einziehen, tonte ihnen ein vielstimmiges „es Vu!“ als ein einziger Schrei des Jornes und stiftlichen Protestes entgegen. Aber gefährlich in dem anderen Sinne, daß alle, die am Sonntag zur Heerfahrt eilten aus der dumpfen Weltstadt, aus Fabriken und Kontoren, aus den Verkaufsläden, aus der Eingasse des Hauses und den Manufakturhänden der Heimarbeit, nun mit neuer Beglitterung die dumpe Luft der Unzufriedenheit, die überall glimmt und schweilt, zur hellen und reinen Klarheit der Beglitterung und Erhellung anlassen, das das Beispiel der Zahl starken Parteigenossen schafft der Großstadt rührt auf die Partei im ganzen Lande und überall die Gewißheit erhebt, daß ebensowenig wie brutale Gewalt ihre eigene Hebruegung unterdrücken konnte, sie die föhliche Eroberung der politischen Gleichberechtigung für die preußischen Arbeiter hinhaltend kann. Der Kampfesruf der Partei wird noch mächtiger erschallen, das Volksaufgebot noch stärker werden!

Ihr Arbeiterfrauen und Mädchen Breußens, folgt dem Ruf der Partei!

Und ihr Frauen und Mädchen im ganzen Reich: unterstützt die preussischen Wahlrechtskämpfer; denn erst durch den Sturz der preussischen Reaktion, durch das gleiche Wahlrecht für die Männer, wird der Weg frei für die politische Gleichberechtigung der doppelt unterdrückten Frauen!

### Weitere Meldungen.

Magdeburg. Am Freitag Magdeburg fanden 53 000 Personen an dem Fest, darunter 20 000 an freiem Himmel. In den Hauptstraßen und Alleen war der Umfang polizeilich genehmigt worden. In Magdeburg selbst fanden unter sozialdemokratischer und einer demokratischen Verfassung. Die Arbeitermassen gingen aber statt in die Versammlungsorte auf Grund stiftungseigener Vereinbarung nach Kaiser-Wilhelm-Platz, wo sie die Wahlrechtsparade feierten. Nach kurzer Ansprache ergoß sich die Menschenmenge in die Hauptverkehrsstraßen, den Breiten Weg, Hofstraße ausbringend und Arbeiterstraße folgenden. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend, sie hatte nur einige Posten ausgesetzt. Am 12 Uhr verließen sich die Versammelten hier, und um 2 Uhr verließen sich die Massen auf dem Alter Markt vor dem Rathaus, wo sie demonstrierten und die Marschroute feierten. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 4-6000 geschätzt.

Nordhausen a. S. An der Demonstrationssammlung unter freiem Himmel nahmen circa 8000 Personen teil. Nach der Versammlung fand ein Demonstrationsszug statt, der sich durch die Stadt bewegte. Auf dem Marktplatz wurde ein Koch auf das Wahlrecht ausgebracht. Polizei war nicht zu sehen, so daß Störungen nicht zu verzeichnen waren.

Mühlhausen i. Th. Die Versammlung unter freiem Himmel wurde wegen angeblicher „Gefährdung der Sicherheit“ polizeilich verboten. Mittags lagte eine begeisterte Versammlung, die von circa 1500 Personen besucht war. Danach fand ein Umzug statt, an dem sich circa 2000 Personen beteiligten. Er bewegte sich durch die Hauptstraßen nach dem Arbeiterviertel. Die Polizei verhielt sich ruhig.

Essen. Der Umzug war verboten worden, dafür machten die Teilnehmer einen Spaziergang nach dem vornehmen Steiger. Dort und vor der Wohnung des Abgeordneten Sagemann erschienen stürmische Posten auf das Wahlrecht. Polizei und Gendarmen waren in Menge aufgestellt, berittene Artillerie war in Bereitschaft. Die Hauptstraße war von einer Kompanie Infanterie besetzt. Der Oberbürgermeister hatte Plakate im Jagowitz anhängen lassen.

Affel. Trotz Aufhebung der erteilten Genehmigung zur Versammlung unter freiem Himmel und anschließendem Zug, wichtige Wahlrechtskundgebung. Auf dem Platz des Meetings mittags 12 Uhr 4000 Personen. Dann durch Markt zu zwei Versammlungsorten erste Straßendemonstration im Arbeiterviertel. Um 1 Uhr tagen überfälle Versammlung, Beschlüsse und Resolution gegen Wahlrechtsverweigerung und Polizeigewalt begeisterte Zustimmung. Nach Schluß der Versammlung Vereinigung aller Versammlungsteilnehmer, und neuer Gesang Zug durch Markt und Bahnhofsviertel, dessen Wirkung auch durch wiederholtes Eingreifen der Polizei nicht beeinträchtigt wurde. Zahl der Teilnehmer am Zug wird auf mindestens 7000 geschätzt.

Duisburg. Hier sollte eine Demonstrationssammlung auf dem Bahnhofsplatz stattfinden, wozu polizeiliche Genehmigung erteilt war. Die Eisenbahnverwaltung als Besitzerin des Terrains wollte aber darauf auf dem Richter ein, daß dieser dringend bat, man möchte ihn von seinem Worte entbinden, da er sonst wirtschaftlich ruiniert würde. Die Folge war, daß die Massen nun auf die Straße gingen. Es fanden dann drei überfälle Versammlungen in Lokalen statt. Nach den Versammlungen fand dann ein Zug durch die Straßen nach dem Zentrum der Stadt statt, an dem sich etwa 10 000 Personen beteiligten. Die Polizei verhielt sich vollständig ruhig.

Bielefeld. Die Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel, an dem mitten in der Stadt gelegenen Kräningsplatz wurde von reichlich 10 000 Personen besucht. Die durch einen Chor der Arbeiterjugendbesetzung eingeleitete Versammlung schloß mit dem Aufsingens der Marschlied. In wunderbarer Ruhe und Ordnung folgten sich der Ans und Abmarsch, da die Polizei keine Straßen abgesperrt und kein besonderes Polizeiaufgebot gemacht hatte.

Sagen. Zu einer Demonstration, wie sie haben noch nicht gesehen, gestellten sich die Wahlrechtsversammlungen in der Dorf- und in der Zentrale. In großen Zügen rüdte die Arbeitererschaft heran, so daß die beiden Säule dabei überfüllt waren und viele der Demonstranten keinen Einlaß mehr finden konnten. Nach Schluß vereinigten sich die Massen zu einem Demonstrationsszug, dessen Teilnehmer auf über 400 Personen geschätzt werden. Nach einem begeisterten Aufbruch zum Reichstagsgebäude schloß sich der durch seinen Aufbruchsfest geführte, musterhafte Zug auf. Die Polizei hatte in letzter

in der Wüste,“ antwortete Wentzsch, ihm sein Profil zu

„Nun hatte Oppolith schon früher gehört, daß Beckhoben der maßvolle Einzelgänger genannt wurde, der sich unheimlich zwischen ihm und Schubert blieb für ihn immer eines der Wesen, die ihn wenig interessiert. Dagegen interessierte ihn dieser Jüngling ungemessen, und er fragte ihn daher ganz ernsthaft: „Wann stellen Sie denn gerade Beckhoben höher als alles andere?“

„Wirdig? Und Sie bezeichnen sich auch ausdrücklich auf dieser Weltanbahnung?“

„Ohne Zweifel. Ich weiß auch, daß Sie entscheidende Materialität sind. Ich habe Ihre Abhandlungen gelesen.“ erwiderte Wentzsch, und seine Augen befehlten einen festlichen Glanz.

„Er möchte freieren!“ dachte Oppolith. „Aber er ist ein guter Junge, geradeaus und wie ich glaube, fast heilig vor Ehrbarkeit.“ Und seine Sympathie für diesen Idealisten, der dazu verdammt war, die Panofelien des Verstorbenen zu tragen, verdarb sich nicht.

„Das heißt also, daß wir Gegner sind?“ fragte er lächelnd.

„Wie könnten wir wohl Freunde sein?“ rief Wentzsch hitzig dagegen.

„Verstehen!“ rief Elisabeth ihnen aus dem Nebenzimmer zu. „Begegnet glücklich nicht, daß ihr erst loben miteinander besamt.“

„Nun, das Stubenmädchen, bedete, mit dem Gelehrter flapspernd, den Tisch und betrachtete dabei verhöhlen Wentzsch mit den Augen, die von treuergeiger Enttäuschen leuchteten. Oppolith betrachtete ihn ebenfalls, indem er dachte, daß man sich diesem Jüngling gegenüber mit besonderem Nachsicht benehmen müsse und daß es rasam sei, ihm gegenüber alle Prinzipienfragen zu vermeiden, weil er, allem Anschein nach, sich beim Disputieren fast bis zur Verzweiflung aufzuregen würde. Unterbeilien blühte ihm Wentzsch mit heilighabenden Augen und neugierig sendendem Gesicht an. Augenblicklich hatte er sich gegenwärtig Verlangen, zu reden, und hielt sich nur mit Anstrengung zurück. Oppolith beschloß, sich im Rahmen rein äußerlicher Höflichkeit zu halten.

Seine Schwester, welche schon am Tisch saß, war sehr aufmerksam und dem einen, dem dem andern in ihrer eigenen Zone neugierig zuhören war, die Männer anmerkten nur kurz darauf, daß der eine mit dem vertraulichen Nachsichtigkeit des nahen Verwandten, der andere mit der Verachtung des Verleihen. Doch alle drei waren von einem peinlichen Gefühl des Zwanges und Unbehagens ergriffen.

### Warenka Olesstoff.

(Nachdr. verb.)

Rovelle von Maxim Gorki. Aus dem Russischen übertragen von Helene Schützli.

Da kam er zum Fluße und zum Bach. Hier war es, wo er Warenka und den Wasserfall gesehen hatte, und wieder war dies Bild im Gedächtnis gemalt.

„Nun, ich bin wahrhaftig wie ein Osmiafisch,“ rief er aus, als er empfand, daß die Erinnerung ihm angenehm war.

Nachdem er einen Augenblick am Ufer gestanden hatte, ging er in den Bach, setzte sich auf die Bank und begann, das vom Wasser überdeckelte Bild zu betrachten, das ihn vor drei Jahren so ergriffen hatte. Auch heute war es ebenso schön, doch sah er auf einem durchdringlichen Grunde heute die weiße Gestalt des eigenwilligen Mädchens. Vollauf zündete eine Zigarette an, warf sie aber sogleich wieder ins Wasser, indem er plötzlich denken mußte, daß er noch unklar gehandelt habe, höheraufkommen. Wozu war er im Grunde hier nötig? Wie es seinen, nur dazu, um den guten Namen seiner Schwester zu hüten oder, einfacher gesagt, um ihr die Möglichkeit zu verschaffen, ohne die Schicksalidee zu verlieren. Herrn Wentzsch bei sich empfangen zu können. Das war gerade keine hervorragende Rolle... Und dieser Wentzsch mußte wohl nicht besonders klug sein, wenn er wirklich etwas gar zu kluge Schwärzer hätte.

Nachdem er etwa drei Stunden in einem Zustand halber Trübsinnigkeit zugebracht hatte, in einer Erschlaffung der Gedanken, welche über die Gegenstände hinwegliefen, ohne sie zu beurteilen, stand er endlich auf und ging langsam dem Hause zu, während er sich leicht über die unruhig bewegte Zeit anschaute und sich sehr vornehmlich, sich leicht an die Arbeit zu machen. Als er zur Terrasse kam, gab er einen wohlgehaltene Jüngling in einer weichen, von einem Übergeleit gehaltenen Mütze. Der junge Mann stand mit dem Rücken gegen die Mauer und betrachtete, sich über den Tisch beugend, irgend etwas. Oppolith verlangsamte seine Schritte, indem er sich fragte, wozu hätte der nicht Wentzsch sein? Er richtete sich der junge Mann auf, warf mit einer anmutigen Gebärde seine volle schwarze Saare von der Stirn nach hinten und wandte ihm Gesicht der Mauer zu.

„Das ist ein echter Boge aus dem Mittelalter!“ sagte Oppolith zu sich selbst.

Wentzsch hatte ein odalis, mattweißes Gesicht, welches fast gequält ansah von dem angetragenen Glanze der großen, mannbeförmigen schwarzen Augen. Der schon geschnittene

Mund war von einem kleinen schwarzen Schnurrädchen eingerahmt und die hohe Stirn von Büscheln ungeordnet aufliehender Haare. Er war klein, unter Mittelgröße; doch seine geringe Größe, ausnehmend wohlproportionierte Figur verdeckte diesen Mangel. Er blühte Oppolith an wie kurzschichtige alle anzubilden pflegen, und in seinem Gesicht lag etwas sehr Sympathisches, aber zugleich auch etwas Kränkliches. Sollte er bereit und Samtwams getragen, so hätte er tatsächlich ein aus einem mittelalterlichen Gemälde herabgetragener Charakter sein können, und war offenbar nur darauf bedacht, die Höflichkeit nicht zu verlieren, ohne sich irgendwie für den Mann, mit welchem er sich unterhielt, zu interessieren.

Wald darauf erschien Elisabeth Serjejewa in einem leichten schwarzen Kleide mit schwarzen Spitzen am Kragen und einem schwarzen Gürtel, welcher lang herabhängende Bänder mit Quasten am Ende hatte. Dieser Anzug harmonisierte vortrefflich mit ihrem ruhigen Antlitz und verlieh ihm seinen, regelmäßigen Linien einen gewöhnlichen, fast unmerklichen Ausdruck. Auf ihren Wangen lag eine sanfte Röte und ihre kalten Augen zeigten einen ausgeprägten Glanz.

„Wir werden sogleich zu Tisch gehen,“ sagte sie. „Ich werde Euch mit Eis verwöhnen. — Aber, Alexander Petrowitsch, warum sehen Sie so gelangweilt aus? Hal Haben Sie auch nicht etwa Schaubert vergessen?“

„Ich habe Schaubert den Schaubert wie die Wäcker mitgebracht,“ antwortete er, mit offener und schwärmerischer Bewunderung betrachtend.

Oppolith bemerkte diesen Ausdruck wohl und fühlte sich einigermassen in Verlegenheit, da er bemerkte, daß dieser hübsche junge Mensch das Gedächtnis abgelegt zu haben schien, die Wäcker nicht zu vergessen.

„Schau!“ rief Elisabeth, Wentzsch zulachend. „Nach dem Essen wollen wir zusammen spielen.“

„Gewiß, wenn Sie es wünschen!“ Und er neigte ergeben den Kopf vor ihr.

Er tat es mit einer gewissen Grazie, dennoch mußte Oppolith sich wieder barkeit lassen.

„Ich wünsche es sogar sehr,“ sagte Elisabeth leise.

„Lieben Sie Schaubert?“ fragte Oppolith.

„Am meisten liebe ich Beethoven — er ist der Schatzperle

Minute die Genehmigung zur Straßendemonstration erteilt.

Wien. Das Massenmeeting auf dem Gopriplatz war von 20 000 Personen besucht. Von den fünf Tribünen sprachen drei sozialdemokratische und zwei demokratische Redner. Zwischenfälle waren nicht zu verzeichnen.

In Brandenburg demonstrierten 7-8000 Männer und Frauen auf dem Trauerberg, ein mitten in der Stadt gelegener, von den Behörden zur Verhinderung freigegebener Platz. Die Polizei wurde einmütig angenommen. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Die nur schwach vertretene Polizei verhielt sich völlig passiv.

Katholien. In einer politisch genehmigten Versammlung unter freiem Himmel sprach Genosse Wissehert vor über 2000 Personen. Die Resolution des Parteivorstandes wurde einstimmig angenommen. Bereits der Zug zum Versammlungsort gestaltete sich zu einer riesigen Straßendemonstration, die sich nach der Versammlung wiederholte. Der Zug bewegte sich durch die Hauptstraßen der Stadt. Ein Versuch der Polizei, den Zug zu sprengen, mißlang. Im Zuge wurden Plakate: „Wieder mit den Quanten und Hoch das Wahlrecht“ getragen. Die Träger der Fahnen wurden notiert und einer Verhaftet.

Wärlitz. Eine Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel, welche von zickh 5000 Personen besucht war, fand in Görtlich statt. Von drei Tribünen wurde gesprochen. Vor und nach der Versammlung kam es zu Demonstrationen. Die Polizei begleitete dieselben, verhielt sich aber diesmal ruhig.

Muskau. Die Arbeiterchaft in Muskau O. L. protestierte in einer Versammlung unter freiem Himmel, die von 2000 Personen besucht war. Im Anschluß fand eine einstudische Demonstration statt. Die Polizei verhielt sich passiv.

Gamburg. Die Wahlrechtsdemonstration in Altona-Ottensen nahm einen großartigen Verlauf. Die Versammlung fand vormittig 1 1/2 Uhr im Freien auf einer großen Wiese statt, auf der auf Wagen drei Rednertribünen errichtet waren. Die Arbeiterchaften kamen dichtgedrängt aus allen Teilen von Schlesien aus dem ganzen Stadtgebiet an. Auf ein Zeichen begannen die Redner aller Tribünen, die Genossen Karl Thomae, Klose, Schulze und Hoffmann zu den etwa 30 000 Versammelten zu sprechen. Zum Schluß wurde nach Annahme einer entsprechenden Resolution ein braunes Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ausgedrückt. Dann schloßen sich die Massen wieder in zwei unangeführten Hügen und zogen durch die Straßen von Altona-Ottensen. Die Polizei war sowohl vor der Versammlung, wie während derselben und nach derselben von der Straße fast ganz verdrängt worden, so daß es zu keinerlei Zwischenfällen kam.

Wandsbek. Eine ganz außerordentlich große Beteiligung fand, ebenso auch in Eppendorf bei Wandsbek.

Barguz. Sonntag mittag fand eine große Demonstrationenversammlung statt, an der sich ungefähr 4000 Personen beteiligten. Darauf fand eine Demonstration statt, an dem sich alle Versammlungsbesucher beteiligten. Die Polizei verhielt sich ruhig.

Im Riel Wahlkreis fanden Sonntag nachmittag fünf Versammlungen statt, zwei unter freiem Himmel in Neumünster und Breese. Im Riel wurden zwei Versammlungen in geschlossenen Räumen abgehalten. In der Waldowse sprach Genosse Legien vor 5000 Zuhörern. Zaujende fanden keinen Einlaß.

Sösch a. M. 7000 Demonstranten aus Sösch und Umgegend demonstrierten auf der höchsten Schützenhöhe. Von drei Tribünen sprachen zwei Genossen und ein Freisinniger. Im Anschluß daran bildete sich ein Demonstrationzug durch die Straßen.

Wülfelder Bau. Die Wahlrechtskundgebung fand im Wülfelder Bau, 6000 Personen nahmen daran teil. Zwei weitere Versammlungen waren von 2000 Personen besucht. An der Straßendemonstration nahmen und nach den Versammlungen beteiligten sich über 20 000 Personen. Vor dem in der Stadt tagenden Provinziallandtag wurde ebenfalls demonstriert. Die Demonstration verlief ruhig.

Wodum. 6000 Besucher auf dem Schützenhöhe. Großartige Stimmung. Demonstrationen durch die Stadt. Polizei wurde durch Hörschuß vertrieben. Polizisten gingen auf die Bürgerseite. Großes Staunen unter den bürgerlichen Spaziergängern; mehrere Verhaftungen wurden ohne Grund vorgenommen.

Wiesefeld. Die Versammlung in Wiesefeld auf dem Kaiser-Wilhelms-Platz war von 16-18000 Personen besucht. Eine scharfe Resolution gegen die Wahlrechtsverleugung und den Schaden in der Wahlrechtskommission fand einstimmige Annahme.

Wesermünde. 3000 Personen, darunter viele Frauen nahmen an der Demonstration unter freiem Himmel teil, Verlauf ruhig.

Stettin. Zwei Versammlungen unter freiem Himmel auf öffentlichen Plätzen wurden verboten. Statt deren wurden drei Wahlrechtsversammlungen in Lokalen abgehalten. Aus ihnen trümpften nach Schluß 12 000 Menschen nach einem freien Platz außerhalb der Stadt und hielten dort im Freien ein Protestmeeting ab.

Uttwässer. Im Waldenburger Grubenrevier erste Versammlung unter freiem Himmel; 6-7000 Personen. Mezentz über. Polizei hielt sich zurück, keine Zusammenstöße.

Königsberg. Hier fand unvermutet prächtige Straßendemonstration statt. Polizei war völlig überfallen. 4000 Personen demonstrierten in den Hauptstraßen. Polizeiliche Absperzungen erfolglos.

Braunschw. Hier fand heute mittag eine riesigen Versammlung, welche die Braunschwäcker nicht gesehen hat, unter freiem Himmel stattfand. Im höchsten Bürgerpark hatte der Stadtamtsrat einen großen freien Platz zur Versammlung zur Verfügung gestellt, der von 20-30000 Personen besucht war. Von drei Tribünen sprachen bei herrlichem Wetter unter stürmischem Beifall die Genossen Reubauer, Wagner, Antrid und Dr. Jastrow über das freie Wahlrecht. Eine Resolution für das freie Wahlrecht, durch welche auch die Parteileitung ermächtigt wurde, zu geeigneter Zeit stärkere Mittel zur Erlämpfung eines freien Reichstagswahlrechts in Anwendung zu bringen, fand einstimmige Annahme. In unendlich langen Hügen ergoß sich die Menschenmenge zum Schluß in die Stadt. Da die Polizei sich passiv verhielt, verlief alles ruhig.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 7. März 1910.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag lebt wieder einmal in einer Meta der Demonstrationen, unter denen naturgemäß die Verdrickteriten am meiste nach die Würdigung der Vorgänge leidet muß. Nachdem am Freitag bis tief in die Abende gelagt worden — u. a. hatte es noch eine Debatte über die Erwerbsregeln beim Arbeitsbeschwerden, wobei Genosse Wolffenbuhr und der Freisinnige Speckmann den Behörden grübelheimlichkeiten —, begann man am Sonnabend um 10 Uhr und tagte geschlagene acht Stunden. Zunächst wurde der Rest des Delbrück-Etats aufgearbeitet. Es gab dabei noch ein paar recht interessante Momente. So wurde Genosse Piesch, der eine vortreffliche Rede über die Gesundheitsverhältnisse der Porzellanarbeiter hielt, von demselben Genossen Schweinin, der den Fabrikanten um die Wauererleise in epischer Weise sich hatte abspielen lassen, am Reden gehindert, so sagte Genosse Dr. Günther dem Obergenetikusunter Freilung, der anfänglich des Rechts über die Verfassung des Landes an der römischen Kunstaussstellung, blutige Kränen über den Sturz des scheußlichen und verurteilten Bourbonenkönigtums in Neapel gewicht hat, grübelich, und beleuchtete bei einem anderen Titel die negative Reichspolitik auf dem Gebiet des Wohnungswesens. In diesem Falle trat Erberger den Ausführungen von unferer Zeit bei und fand ein paar scharfe Worte über die Brunenald-Versandlung.

In vorgezerrter Stunde fand der Marinetat noch heranzu. Erster Redner war der oberste Reichstagsgeneralstab Appendorfer, der ein paar oppositionelle Züge ansetzte und speziell über die Panzerflotten-Patriotenprofile einige treffliche Ausführungen machte. Daran natürlich, dem Militärischen aus Bisher, entgegenzutreten, hielt das Zentrum im Grunde ebenfalls wie bei den Panzerflotten, für die der Götter aus Putsch eine Stimme erhob, und die Nationalliberalen, die ausgerechnet den Flotten- und Kolonialdeminuten Genier ins Feld schickten. Ein bedeutendes Glied oppositioneller als die Zentrumredner (später sprach auch noch Herr Erberger) äußerte sich der Freisinnige Dr. Leonhardt, obwohl die Zeiten, da der sich jetzt zur Höhezeit mit der Vereinigung rühmte männliche Freisinn in unbedingter Opposition gegen den Marinismus stand, längst vorüber sind. Die einzige Partei, die die grundsätzliche Gegenwartsfrage, gegen den Militarismus zu Wasser und zu Lande nach wie vor mit allem Ernst und Nachdruck vertritt, ist die Sozialdemokratie, deren Redner, Genosse Siedemann, diesen unferen Genesamt in ebensoviel schärfer wie wirksam Weise zum Ausdruck brachte. Unter Fraktionsrednern beachtete nicht, auf die schwere Verletzung des Weltfriedens hinzuweisen, die in dem Treiben unferer Flotten-deminuten liegt. Das offizielle Deutschland natürlich behauptet fortgesetzt, mit dem Flottenbau nur dem Frieden dienen zu wollen, eine Behauptung, die, wenn sie auch aus gutem Glauben erfolgen mag, leider andererseits unbedingten Glauben findet. Um die allmählich nun schon etwas banal gewordene Phrase vom friedliebenden Deutschland zu wiederholen, hatte sich sogar Weltmann Solowje in eigener Person in den sonst so gemiedenen Reichstag bemüht. Sehr unglücklich schied Tripitz ab, der sich über das Verhältnis des Marinemais zu den prozentpatriotischen Firma Krupp, über seine Methode der Entsaufstellung und andere Dinge mehr auch von bürgerlichen Rednern sehr böse Dinge sagen lassen mußte. — Am Montag geht die Beratung weiter.

Lehrerstreikregelung in Bayern.

Die bayrischen Lehrer führen seit längerer Zeit einen Kampf um die Hochschulfreiheit. Der Reichstag des Organs des Bayerischen Lehrervereins, Lehrer-Verheerer in Nürnberg, der verdrickte Artikel über die Hochleistung und die geistige Schulaufsicht veröffentlicht, ist jetzt von der Regierung gemahregelt worden. Die Regierung hat ihm ihr erstes Mißfallen ausgesprochen und weitere Maßnahmen in Aussicht stellen lassen. Daraufhin hat sich die gesamte bayrische Lehrerschaft solidarisch erklärt und einmütigen Protest erhoben. Ihr erster Vorstand, der liberale Landtagsabgeordnete Schubert erläßt eine Erklärung, in der es heißt: Die bayrische Lehrerschaft habe in der Verteidigung der Hochschulfreiheit in der Volksschule die zulässige Grenze nicht überschritten. Es sei Aufgabe der Reichspresse, die verdrickten Protestbringen der bayrischen Lehrerschaft mit allem Nachdruck zu unterstützen. Der bayrische Lehrerverein halte an dem Verlangen der Hochschulfreiheit unerschütterlich fest, und werde sich immer unter allen Umständen gegen die geistliche Schulaufsicht aussprechen. Dem Reichstag Lehrer-Verheerer wird volles Vertrauen entgegengebracht und die Billigung seiner entschieden, aber dennoch maßvollen Redaktionsführung ausgesprochen.

Die Frankfurter Fuzis im Wahlrechtskampf.

Die Fuzis in Frankfurt a. M., die am 17. Februar nach Schluß von fünf Protestversammlungen erfolgten, haben ein gerichtliches Nachspiel gehabt. Anselm hat vor der Vater Bauer, der zwei Revolverbüchse auf Polizisten abgegeben hatte, nachdem er von diesen durch Schüsse mit dem Säbel schwer verwundet worden war. Die Anklage lautet auf Mordversuch und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Der Angeklagte gibt zu, daß er am städtischen Abend einen Revolver zu sich gefehert hatte; er habe um Witternadrubig auf ihn losgeschrien und hätten ihn durch Schüsse verwundet. Da habe er seinen Revolver gezogen und zunächst in die Luft geschossen. Weil ihn der Schußmann mit seinem Säbel totzuschlagen drohte, und er gefürchtet habe, daß der Beamte seine Drohung nachmachen könnte. Die Anklage auf Mordversuch wurde fallen gelassen und Bauer, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Man vergleiche damit, was Studenten für „Strafe“ zu bekommen pflegen, wenn sie auf Polizisten schlagen und scheißen und Widerstand leisten!

Deutsches Reich.

Das Dreifaltigkeitensfest beschickte sich am Sonnabend zunächst mit Eingemeindungsfragen. Eine Resolution,

welche die Erweiterungen der Großstädte von der Zustimmung des agrarischen Klüngels in den Provinziallandtagen abhängig machen will, wurde angenommen, und die Konventionen, für die u. a. Rorbork jr. sprach, schlugen den Nationalliberalen sogar eine heftigste Abkündigung ab. — Zum Etat bezu Gemeinverwaltungen, der darauf herankam, und der am Montag fortgesetzt werden wird, sprach u. a. der frühere als totor Gultaus bekannte Konervative Wg. Mallenig, der die genöthigte Mittelstandsfrage hielt und außerdem den erfreulichen Beweis erbrachte, daß er auch heute noch bisweilen die Rolle in sozialistischer Schriften hielt.

Reichstagslandtagsdauer. Als Nachfolger des Grafen Stolteberg haben die Sozialisten im Wahlkreis 194 den fortgesetzten Landtagsabgeordneten Brämer aufgestellt. Herr Brämer ist Kandidat. Selbstverpflichtet.

— Eine wüthige „Rufstörung“. Vom Ersten Staatsanwalt am Landgericht Braunschweig ist, bei der Hannoverischen Kurier mittelst, an den Präsidenten des Landtags eine Mißnote gerichtet worden, ob der Landtag die Ermächtigung dazu erteilen wolle, daß gegen den verantwortlichen Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung Volkstreu wegen Verleumdung des Landtages, begangen in verdrickten Artikeln des genannten Blattes, Anklage erhoben werden dürfe. Die schäblichen Zustimmungsbewertungen aus dem Hause bei Verleumdung der Anklage lassen den Schluß zu, daß das Verfahren gegen den genannten Redakteur sicher eingestellt werden wird.

Dänemark.

Veränderte Verhältnisse.

Die radikale Regierung, die bereits eine Reihe Reformen durchgeführt hat und andere plant, hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der das Theater dem allgemeinen Rechte unterstellen will. Die bisherige Konzessionspolitik soll beibehalten und die Theatererzeugnisse aufgehoben werden. Nur Darstellungen der allgemeinen Landbesitzge sollen das Recht zum Verbot eines Theaterstücks geben, gegen das jedoch, entgegengekehrt der heute geltenden Bestimmung, Berufung zulässig sein soll. Ferner soll ein Theaterakt von drei Mitgliedern, von denen einer durch einen dramatischen Diktator sein soll, gebildet werden. Die Ansetzung dieses Akts steht im Belieben des Verfassers und erfolgt eventuell vor Aufführung des Stückes. Das der Theaterakt das Stück genehmigt, so ist ein späteres Verbot nicht mehr zulässig. Man sieht aus diesen Mitteilungen nicht, ob Vorzüge für die finanzielle Sicherstellung der Theaterangelegenheiten in dem Gebotenerwerb getroffen ist. Die Befreiung der Behördenmilitär gegenüber der Bühne, wie sie sich in Wien jüngst so deutlich beudet hat und auch in Berlin und London in voller Blüte steht, ist jedenfalls ein kultureller und politischer Fortschritt.

Rußland.

Die Arbeit des Galgen.

Die juristische Wochenchrift Prawo berichtet in ihrer letzten Nummer über die Ergebnisse der Henterjustiz in den letzten 5 Jahren in Rußland. Am ganzen wurden in den letzten 5 Jahren 6268 Todesurteile gefällt und 2855 Hinrichtungen vollzogen. Im Durchschnitt entfallen in dieser Periode auf jeden Monat 104 Todesurteile und 48 Hinrichtungen, auf jede Woche 24 Todesurteile und 11 Hinrichtungen. Im Jahre 1906, als die Kriegsjustiz in Kraft war, erreichte die Zahl der Todesurteile in einzelnen Monaten die Höhe von 220. Im Jahre 1907 belief sich das Maximum der Hinrichtungen pro Woche auf 29, im Jahre 1908 auf 26, wobei in den letzten Jahren keine einzige Woche ohne Hinrichtungen verstrich. Im Januar 1908 belief sich die Zahl der vollzogenen Hinrichtungen an einzelnen Tagen auf 8, 9, 11, 12; im Februar belief sich das Maximum der an einem Tage vollzogenen Hinrichtungen auf 14! Die Zeitschrift bemerkt zu diesen furchtbaren Zahlen: „Nach der Zahl der Hinrichtungen erkennen diese 5 Jahre an die blutigsten Perioden des Mittelalters. Auch die russische Geschichte kennt nicht viel solcher Momente, die sich nach der großen Menge der Hinrichtungen mit unferer Zeit messen können.“

Der Unterschied zwischen dem Mittelalter und der Gegenwart ist wohl der, daß der moskowitzische Jar Janan IV. den Namen aus der Schreckensliste entfernt, während Nikolaus II. die Schreckensliste jenseits in den Schatten stellt, von der offiziellen Geschichtsschreibung noch immer als „friedensgärtig“ gepriesen wird. —

Eine ausländische Entdeckung.

Petersburg, 6. März. Ein engerer Beschäftigter wurde wieder auf der futuristischen Bahnhofs-Kontrollpost aufgedeckt. Für mehr als drei Millionen Mark fand Stelle nicht anderen Waren gefastelt worden. Auf Befehl des Regierungsministers reiste eine genaue Anzahl hoher Beamter dorthin, um ungehindert eine gründliche „Reinigung“ vorzunehmen. — Was dabei schon herauskommen wird!

Frankreich.

Janrés über die Etsch-Verträge.

Paris, 6. März. Genosse Janrés hielt gestern abend in Paris vor einem zahlreichen Publikum einen Vortrag, in welchem er die sozialistischen Lehren erläuterte. Er verglich die Militärbudgets der verdrickten Nationen und sieht in der fortwährenden Ausdehnung dieser Budgets eine Hoffnung auf baldige Abrußung und Einführung des Quanzschiedverfahrens. Redner kam dann auch auf die eläßliche Verfassungsfrage zu sprechen. Die Bewegung, die in Etsch-Verträgen eingeleitet habe, um zu einer neuen Verfassung zu gelangen, sei seit längerer Zeit vorauszuweisen gewesen. Sobald Etsch-Verträge das Recht erlangt haben werde, einen eigenen Staat zu bilden und nicht mehr unter der Oberhoheit eines deutschen Fürsten stehe, fiere eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland nichts mehr im Wege.

Amerika.

Neue Straßenkämpfe in Philadelphia.

Newport, 6. März. In Philadelphia veranstalteten etwa 10000 Personen eine Demonstration vor der Unabhängigkeitssäule. Anfolge eines Mißgeschicks der Leitung der Polizei ritten viele Wägen über die Straße in die Volksmenge hinein, worauf schwere Aufstürzungen erfolgten. 25 Straßenbahnwagen wurden demoliert. Eine Straße war vollständig in den Händen des Volkes. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Advertisement for 'Täglich Neuheiten' (Daily New Arrivals) by 'Loewendahl'. The text includes 'für jeden Zweck passend auch extra weite' and 'zu sehr billigen Preisen bei'. The name 'Loewendahl' is written in a large, stylized font.



## „Fortschrittliche Volkspartei.“

Am drauenden Kampfstern des Tages verdingt fast das schädellose Volk, mit dem die Delegierten der freisinnigen Organisation am Sonntag in Berlin die nun endlich gelangene Einigung des Reichstages begrüßten. Die Fortschrittliche Volkspartei, die freisinnige Vereinigung und fribdenkliche Volkspartei führt nun den Namen der Fortschrittlichen Volkspartei. Zwei Jahre sind es her, seit Dr. Theodor Barth der freisinnigen Vereinigung den Rücken kehrte, weil er an der Möglichkeit, seine politischen Pläne innerhalb dieser Partei zu verwirklichen, völlig verzweifelte. Barth wollte die Einigung aller wirklich freiheitlich gestimmten Elemente des Bürgertums und den tatsächlichen Zusammenschluß dieser bürgerlichen Elemente mit der sozialdemokratischen Arbeiterklasse, um zunächst den Kampf gegen rechts, den Kampf um die Demokratie, den Kampf um die parlamentarische Demokratie durch die gesammelte Kraft der Antiklerikalen und der Massen zu irgendeinem Ende zu bringen. Damals aber mußten es die Sachde und Fribdenker, die Kopf und Gedächtnis, sie gingen mit allen Fasern ihrer Seele am konservativen liberalen Volk, sie hatten den Reaktionen am Emdenberg noch fester in den Sattel, sie besaßen dem deutschen Volk die zahlreichen neuen Feinden des Reichsvertrages und konservativen Kampfes durch das Verbrechen, bei der Reichsfinanzreform 400 Millionen indirekter Massenverbraucher zu demütigen, auf das äußerste. Darum wandte sich damals der beste Mann des liberalen Bürgertums entlaufend und erbittert von ihnen ab und gründete die Demokratie Vereinigung, in deren Dienst er sich lieber nur allzu früh beehrte.

Wißt man auf das Bild, das sich am letzten Sonntag in Berlin entrollte, so möchte man glauben über die Veränderung, die sich in dem kurzen Zeitraum von 24 Monaten vollzogen hat oder doch vollzogen zu haben scheint. Das Herz der Einigung, das noch vor kurzem vielen als ausichtslos galt, ist gelungen, der leidenschaftlich gegläubte Ton in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, durch den sich sonst die Führer des „freisinnigen Bürgertums“ bis auf das Niveau des Reichsvertrages erniedrigten, hat einer ruhigen Stimmung Platz gemacht, gegen die Verbündeten von vorgestern, die Junter, aber wird in klaren Zügen im Kampfe gerufen. Trägt auch das Einigungsprogramm klarer Zeichen der noch nicht überlandeten Volkstrennung, so kann es auf die künftige Entwicklung des Reichstages doch nicht ganz ohne Einfluß bleiben, das sich die Einigung im Heiden des „Rechts nach links“ vollzogen hat.

Die Stellung, die die Sozialdemokratie dem neugegründeten Freisinn gegenüber einnimmt, ergibt sich aus dieser Sachlage von selbst. Seit Jahren hat die Sozialdemokratie erklärt, daß sie in dem Kampfe um das gleiche Wahlrecht in Preußen jeden als gleichberechtigten Kampfesgefährten anerkennt, dem es gleich ihr um die Erreichung dieses höchsten Zieles ernst ist. Was man nun auch daran speitelt, ob nicht manche Führer des Freisinnigen etwa der ersten Zerschlagung aus leicht befunden werden könnten — sicher ist, daß in der Vergangenheit der freisinnigen Partei eine feste Organisation für eine latente Kooperation mit der Sozialdemokratie im Wahlrechtskampfe eintritt. Es bleibt abzuwarten, ob diese Strömungen stark genug sind, wirklich für's gleiche Wahlrecht zu kämpfen!

Der Kampf der Weltanschauungen und der Programme hört damit selbstverständlich nicht auf; das unaufhaltsame stetige Vordringen der Sozialdemokratie ist eine Tatsache, mit der sich die Führer des Freisinnigen auf irgend eine Weise werden abfinden müssen. Vermutlich sagen sich einige von ihnen, daß bei den nächsten Reichstagswahlen feste Verbände gegenüber der Sozialdemokratie unentbehrlich sind, und daß es daher notwendig wäre, sich im Kampfe gegen rechts die schärfsten Verbände zu bilden. Sollte diese Plan bestehen und gelingen, dann müßte sich die bürgerliche Linke allerdings stark radikalisieren und sich mindestens die Demokratie Vereinigung zum Vorbild nehmen. Kommen aber die Sozialistenfraktionen wieder obenau, dann aber, einiger Freisinniger immer!

## Aus der Partei.

### Obstler Parteitag.

Der außerordentliche Parteitag, der am gestrigen Sonntag in Offenbura (Waden) tagte, war von 160 Stimmberechtigten besucht. Er drückte zunächst den preussischen Wahlrechtskämpfern die Sympathie der badischen Parteigenossen aus. Es wurde dann beschlossen, den nächsten badischen Parteitag im August d. J. abzuhalten. Ferner soll der badische Parteitag in diesem Jahre in einer Auflage von 2500 herausgegeben und zum Preise von 25 Pf. abgegeben werden. Zur Einleitung der Parteitage werden beschlossene, pro Parteitag 25 Pf. Gebühren zu erheben. Zugleich soll im nächsten Parteitag der Antrag auf 10 Pf. Mitgliedsbeitrag vorgelegt werden. Um internationalen Kongress in Offenbura entsendet Baden einen Delegierten. Es wurde dazu Abgeordneter Rebs als Stellvertreter bestimmt. Die aus Berlin erhaltene Mitteilung, daß die Berliner Parteigenossen die Politik Irregelmäßig haben, löste bei Weltanschauung durch den Vorfindenden großen Weisheit aus.

## Allerlei.

### Wieder ein tolgenschwerer Varnenunfall.

London, 6. März. Aus Newyork wird gemeldet, daß nach Deposition aus Newyork in Brind Columbia 60 Mann, die am Rogerspöb in den Demonstrationskämpfen teilgenommen hatten, verhaftet und gefesselt wurden. (Nach einer anderen Version sind 50, nach einer dritten 85 Personen umgekommen.)

### Familien drama.

Lin, 6. März. In Nebra erkrankte der Gattin Morfberger seine Gattin und seine beiden Kinder im Alter von fünf und drei Jahren und verlor sie neunmündigen Kind lebensgefährlich. Sodann verlor er seinen Sohn. (Nach einer anderen Version sind misliche Vermögensverhältnisse und Krankheit.)

### Auf einer Volkstiwache.

Sassow, 6. März. Ein junger, elegant gekleideter Mann, der hier verhaftet wurde, gab auf dem Volkstiwachen einen Wechsel und verwundete die Beamte schwer. Alsbald richtete er die Waffe gegen sich selbst und verlor sie tödlich.

## Vorwärts im Wahlrechtssturm!

Der gestrige Vorstoß im Wahlrechtskampf gestaltete sich nicht minder erfolgreich und einflussreich, als der am 13. Februar, nur eines „fehlt“, es fehle die Straßen Halle kein Protestanten. Der neue Kampfbot aber auch den bangdrücklichen Beweis dafür, daß die Gesetzlichkeit, Ruhe und Würde dem Proletariat eignet, und daß nur das Herrschaftsinstrument des Systems von heute, die Polizei, mit loslösen Maßnahmen die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherheit gefährdet. Das ist man so recht, als in der vorbildlichen Ruhe ihres Weges sichenden Spaziergänger, die zehntausend Teilnehmer an der Wahlrechtsdemonstration bis in die Nähe ihres Zieles gelangt waren. Bis dahin, zur Steinstraße, war nicht das geringste vorgekommen, was irgendwem den Verstand hätte schärfen können. In Frage stellen konnte. Möglich, an der Wagnereinstellung über sich das Tor, hervor kam die Polizeimannschaften, die Absperrung beginnt, und nun ist die Stimmung, die Verleumdung fertig, nun scheint der Frieden gefährdet, nun hat politisches Ungleich das unantastbare Recht auf die Straße in eine Gefahr umgewandelt!

Und warum hat man abgesehen? Wohl gerade an dieser total ungeeigneten Stelle? Warum trieb man die Massen der Wahlrechtsdemonstranten in die engen Nebenstraßen, wo naturgemäß im ersten Augenblick Störungen vorzukommen mußten? War es der Polizei nicht lange vorher bekannt, daß der Spaziergang auf dem Hofplatz ein Ende finden sollte? Von dort hätten sich die Teilnehmer nicht alle nach allen Richtungen zerstreuen können, nicht die geringste Belästigung wäre entstanden.

Nun, es ist insofern der Besonnenheit der Masse nicht zu zusammenhängen gekommen, das Vergehe, das leicht wieder eintreten konnte, ist vermieden worden, aber warum muß die Polizei solche Gefahren immer wieder herausbeschwören, wenn sie weiß, wie leicht sie zu umgehen sind! Das ist Klopffestigkeit im wahren Sinne des Wortes und ist wirklich nicht geeignet, das ungeheure Mißtrauen, welches in der übergroßen Mehrzahl der Bevölkerung gegen die Polizei herrscht, zu beseitigen. Solch herrisches, tolltutes Auftreten, wie es zumal Herr von Dollow gegen am Hofplatz betriebte, kann diese Mißtrauen nur noch steigern. Und gerade dieser Herr hatte absolut keinen Anlaß zu solchem Verhalten, er hat vorher bereits am Theater — die friedlich dahinschreitenden Demonstranten genau beobachtet hatte.

Wie dem auch sei, wir haben keinen Anlaß, mit dem Verlaufe und der Wirkung der Demonstration irgendwem unzufrieden zu sein. Hier sei nur der Verlauf geschildert. Nachdem am Morgen bereits Flugblätter verbreitet worden waren, die über die Situation im Wahlrechtskampf Aufklärung gaben, traten von 11 Uhr an die Scharen der Arbeiter und Arbeiterinnen in die Versammlungsorte.

Am Hofplatz wogte bald eine wellenartige Bewegung. Der große Saal und die Gallerien, die sämtlichen unteren Räume, die Kolonnaden und der Vorgarten waren dicht besetzt. Nachdem die Arbeiterführer das geordnete Freisitzrecht empfangen und sich ordnen ließen, ergriffen sie sichtlich die Initiative. Genosse Fritz Runert hat seinem einflussreichen Referat über die Dreiklassenwahlrecht im preussischen Landtag. Der Referent ging zunächst auf die Polizei und das Verhalten derselben am Hofplatz ein. Jeder Tropfen Blutes, der an diesem Tage in den Staub der Hallenstraßen gefallen ist, hat sich verewandelt in ein Samenwort, aus dem der Freiheitsbaum mächtig emporwachsen wird. Wir müssen auch heute auf unsere eigene Notwendigkeit bauen, denn die Polizei hat durch ihr Willen am 13. Februar gezeigt, daß sie keine Menschheit lieben kann. Die treffende Charakterisierung der Polizeiführung wurde von der Versammlung durch spontane Beifallsäußerungen bekräftigt. Um eine durchgreifende Reformierung der preussischen Polizei an Haupt und Gliedern herbeizuführen, ist es die erste Notwendigkeit, den preussischen Landtag zu reformieren. Die Wahlrechtsvorlage, die die Regierung dem preussischen Volke zu bieten wagte, ist die Karikatur einer Karikatur. Wir haben es hier nicht mit einer vierfachen Inznie, wie etwa bei den sächsischen Wahlrecht zu tun, sondern mit einer vierfachen!

Mit einem kräftigen Appell an die Versammlung, den Wahlrechtskampf als Kampfschlacht zu führen, neue Anhänger für die Ideen des Sozialismus zu gewinnen, schloß der Referent unter lebendem Beifall, „Nachher ist die Gewalt“, aber: Das Volk hat erkannt, die Gewalt ist gerechtfertigt, solange die Arbeiterjahre und nachdem der vorgelegten Resolution zugestimmt worden war, gingen die Massen unter Gehrufen auf die Sozialdemokratie und das freie Wahlrecht aus. In den unteren Räumen des Hofplatzes befanden sich ca. 1500 Personen. Genosse Rühle baute hier sein Referat auf den maßvollen Widerspruch des armen Kontad a. Bl. der Bauerntrüge auf:

„Ich will nicht länger sein der Knecht, Weibchen, fröhlich, ohne Recht, — Ein gleiches Gesetz, das will ich hon. Vom Fürsten bis zum Bauersmann.“

In scharfen treffenden Worten schilderte er den Befreiungskampf der Bauern aus der Anrechtspflicht und Selbständigkeit. Er ging dann mit den Junkern ins Gericht, welche ihren Patriotismus nur solange hervorleben, als er ihnen finanzielle Vorteile bringt, im übrigen der Dofe buldig: Und der König absolut, wenn er untern Willen tut. Dann ließ er die „Staatsmänner“ Revue passieren und ging auf die Spottgeburt der sogenannten Wahlrechtsreform ein. Nie und nimmer dürfte sich das entredete Volk diese Provokation gefallen lassen. Laufentgegen müßte der herrlichen Klasse ein trotziges Nein entgegengestellt werden. Andere gesellschaftlichen Mittel müssen den ungeschicklichen Mitteln des Polizeistates entgegengestellt werden. Noch sind wir lange nicht am Ende unseres Kampfes, noch haben wir härtere gewaltigere Waffen in Bereitschaft liegen. Gewiß, dann können wir schon jetzt überzeugt sein, daß dieser Wahlrechtsentwurf Annahme finden wird, aber in dem Moment wird auch das Signal zum Beginn eines gewaltigen scharfen Kampfes gegeben sein. Die Masse des Proletariats wird eine schnelle Waffe zur gegebenen Zeit anwenden, die die herrschende Klasse an ihrer empfindlichsten Stelle, am Geldsack, treffen wird. Gewaltige Kämpfe stehen uns also noch bevor. Wie die Verhältnisse, wie bisher das Bürgertum, gehen wir nicht; die Polizei wird nicht an dem festen unerschütterlichen Willen des Pro-

letariats maßlos abprallen. Die Weltgeschichte wird nicht von oben, sondern von unten aus gemacht. Sei ein jeder auf der Hut, werde ein jeder neue Streiter! Dem Proletariat muß der Sieg einst werden, trotz alledem! (Beifallssturm.) Genosse Frommhold schilderte die Maßnahmen der Polizei, welche auf höhere Dofe alle Meetings unter freiem Himmel verbieten hat und forderte für die heutigen Tag Ruhe und Besonnenheit. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Ein begeistertes Hoch wurde auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ausgebracht. Die Sänger sangen darauf noch zwei Freiheitslieder.

In den Kolonnaden sprach Genosse Bod., auch hier wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Im Lindenhof zu Kröllwitz sprach vor reichlich 500 Teilnehmern Genosse Paul Hennig. Hier äußerte sich die Enttäuschung der Versammelten besonders stark, als das bekannte Verbot des Halleischen Polizeibeamten verlesen wurde. Nicht die Polizei, nicht die Wahlrechtskämpfer haben die heutige Attacke am 13. Februar heraufbeschworen, sondern einzig und allein die Polizei, die blutig dreinschlug, als heimkehrende Demonstrationen ihr in den Weg kamen. Der Resolution wurde begeistert zugestimmt. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage in der sog. Wahlrechtskommission bekräftigt den Vertrat und Verzug, der mit dem Wahlrecht getrieben wird. Die Beibehaltung der erbärmlichen indirekten Wahl, die schamvolle Halbierung der geheimen Wahlstimme und das Fortbestehen der terroristischen öffentlichen Einmischung der Wahlämter sind nicht einmal scheinbare Verbesserungen, sondern nur die alten brutalen Enttäuschungen und Verleumdungen.“ Die Versammelten erklärten sich für energische Weiterführung des Wahlrechtskampfes bis zur Vereinfachung des Betrages und Erringung des gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen. Sie sind bereit, jedes Opfer zu tragen, das der Kampf von ihnen fordern wird — bis zum Siege des gleichen Rechts!“

Diese Entschließung ist in allen Versammlungen des Reiches zur Genehmigung vorgelegt und fast überall einstimmig angenommen worden.

Nun ergossen sich die Scharen der Versammlungsteilnehmer auf die Straße. Aus dem Hofplatz und aus dem Lindenhof strömten die Spaziergänger der Stadt zu. Ueber die Burgstraße, den Mühlweg, die Bettendorferstraße, die Blumenstraße, Geißstraße ging es Stadtteilweise, darüber am Schauplatz der blutigen Szenen vom Hofplatz. So kam der Zug ungehindert in musterhafter Ordnung, ohne irgendwem den Verstand oder die Ruhe gestört zu haben, bis nach der Steinstraße. In den „besseren“ Lokalen am Wege saßen die „besseren“ Herrschaften an den Fenstern und belächelten blasiert und halbtoteten die erlichen Arbeitermassen, die da im Bewußtsein ihrer Würde vorüberzogen und verächtlich nach den treuscheligen Beuten beim „Brüchtoppen“ schauten. Was trübten diese letzten Herrschaften beim „Enk des Lebens“, der Arbeiter in ihrem Alter reifer macht, als sie es zu werden können.

Am Ende der Margaretenstraße verperserte ursprünglich eine starke Schwärmarmee den Weg. Es war unmöglich, durchzukommen. Inzwischen war die Zahl der Demonstranten auf mindestens 12000 angewachsen. Durch das völlig unumrionierte Eingreifen der nervös gewordenen Polizei wurden die Massen in die Seitenstraßen gedrängt. Ein hartes Polizeigewalt, das im Hofe des Hofplatzes zum grünen Hof und im Hofstrasse, wußten diese letzten Herrschaften beim „Enk des Lebens“, der Arbeiter in ihrem Alter reifer macht, als sie es zu werden können.

Das war ein weiterer Beweis für den großen Wahlrechtskampf unserer Tage. Er wird seiner Wirkung nicht verfehlen. Was das zukünftige, schärfste Bürgertum darüber zeteren, was die Proletariatshatallone vom geistlichen Recht auf die Straße Gebrauch machen, mag die realistische Elite Weltanschauung über dieses Ereignis von sich geben, wir schreiben vorwärts im Wahlrechtssturm: In der Zukunft trotz alledem!

## Wahlrechtsdemonstrationen in der Provinz.

Nach den bisher eingegangenen Nachrichten sind die Demonstrationsversammlungen in unserem Bezirke recht zahlreich verlaufen. In verschiedenen Städten schlossen sich den Versammlungen an, die stark Beteiligung erhielten. Die Polizei verbot sich nicht zurückzukaufen, weshalb sind auch keine Störungen der Ruhe und Sicherheit zu verzeichnen.

### Wir lassen die einzelnen Berichte folgen.

Seit. In zwei Versammlungen waren die Arbeitermassen angetreten. In der Wilhelmstraße, in der Genosse Bildung aus Leipzig referierte, waren über 1200 Personen, in der Bürgerbräuerei, in der Genosse Leopold sprach, über 1100 Personen an. Die Referate wurden lebhaft unterstützt von den Anwesenden, ebenbürtig sich die Teilnehmer auf das energischste gegen die Maßnahmen der bürgerlichen Polizeiverwaltung. Nach dem Hof und dem Abgehen der Wahlrechtsreferenten verließen die Massen die Lokale und gingen dann im leiten Spaziergang durch eine Anzahl Straßen. Auf dem Hofplatz trafen alle Versammlungsteilnehmer zusammen und gingen dann gemeinsam durch die Reichsstraße über den Altmarkt, die Reichsstraße und die Schützenstraße nach dem Schützenplatz, um von dort aus entweder nach Hause oder sonst wohin zu gehen. Polizeibeamten waren zwar hier und da zu sehen, sie verhielten sich aber zurückhaltend, in höchster Achtung vor dem Volk. Die Polizei hat seit und Umgebend hat der Polizeiverwaltung bewiesen, daß sie zwar ihr Recht vertritt, daß sie aber das Wagnis anderer Verurteilen.







## Deutscher Reichstag.

49. Sitzung. Sonnabend, den 5. März 1910, vormittags 10 Uhr.

### Etat des Reichsanlages des Innern.

Beim Titel: Beitrag zu den Kosten einer Maßnahme für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit (40000 Mark) erklärt Abg. Dr. v. Erdmann, die Summe für viel zu niedrig, es ließe sich vielleicht ermöglichen, sie zu erhöhen.

#### Abg. Bietzsch (Soz.):

Diese Ansetzung kann ich nur unterstützen, um so mehr, als Deutschland in Bezug auf die Säuglingssterblichkeit mit an erster Stelle steht. Im Jahre 1909 betrug die allgemeine Sterblichkeit Deutschlands 20,3 Prozent, diejenige der Säuglinge 29,2 Prozent. Dabei geht der Geburtenüberschuss in Deutschland bereits seit einer Reihe von Jahren zurück. (Hört, hört! b. d. Soz.)

#### Bisher hat man den

**Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit** den Gemeinden und Einzelnen überlassen. Von letzteren aber geschieht bezüglich weitaus. Von den Städten leben Stuttgart und Charlottenburg an erster Stelle bezüglich der Bekämpfung. Man darf aber nicht vergessen, daß die Kommunen vor immer größere lokale Aufgaben gestellt werden, und daß ihre Mittel durch die allgemeine wirtschaftliche Lage, welche eine Folge unserer ungelassenen Steuerpolitik ist, immer steigend in Anspruch genommen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch ist neben der praktischen Arbeit eine wissenschaftliche Centralstelle notwendig, wie hier nun das Kaiserin Augusta Victoria-Sosnitsch-Bahn zu brechen verliert, aber es ist für das Deutsche Reich

#### nicht gerade rühmendwert,

der privaten Initiative den Vorrang zu überlassen. Alle Arbeiten werden darin einig sein, daß der Reichszuschuß erhöht werden muß. Die Regierung kann nur in Erwägung ziehen, ob nicht an die Gewährung eines höheren Zuschusses in irgend einer Form die Kontrolle des Reiches geknüpft werden kann. Ich sehe kein Mittel, um die Verantwortung der Städte, aber der Verbände muß gefördert werden, daß sie überhaupt an besten in die Hände des Reiches übergehen sollte. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Auch eine **Mutterkassendberichterstattung** muß ins Auge gefaßt werden, und ferner bedürfen die

#### Schwägerle für die gewerkschaftlichen Arbeiterinnen

in Zeiten der Mutterkassendberichterstattung einer Erweiterung. (Zust. b. d. Soz.) Notwendig ist auch eine reichsweite Regelung der Überwachung der privaten Säuglingspflege. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß sogar der Staat die bei ihm angestellten Beamten, Lehrerinnen usw. auch Amt sehr, wenn die Mutter werden (Hört, hört! b. d. Soz.) Werkschwestern gegen das heimliche Leben werden mit drakonischen Strafen belegt. Aber ruhig sieht der Staat zu, wie fortwährend gegen das heimliche Leben insofern unzulässig und unhygienischer Zustände getrieben wird. (Sehr wahr!)

#### Die Hauptursachen

der Säuglingssterblichkeit liegen in der Ernährungsweise. Deshalb haben verschiedene Gemeinden bei der Volkshilfe die Frage der Säuglingsernährungsweise als eine Lebensfrage aufgenommen, sind dabei aber mit dem Widerstand der preussischen Regierung begegnet; ein äußerst unzulässiger, unflüchtiger und schädlicher Standpunkt! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es wäre zu wünschen, daß die Reichsregierung einen Druck auf die preussische Regierung ausübt, um diesen Widerstand zu brechen. Es darf bei den bisherigen Zuständen nicht bleiben. (Sehr, Bravo! b. d. Soz.)

Abg. v. **Machleben** (konf.) hält ebenfalls eine beträchtliche Erhöhung des Reichszuschusses für angebracht. Abg. **Raffermann** (natl.) Auch wir erkennen die Bedeutung der Säuglingsfürsorge an und bitten einmütig, eine Resolution zu beschließen, die von der Regierung die Erhöhung des Titels verlangt.

Abg. **Boozmann** (Frei. Vpl.) und Graf **Oppersdorf** (Centr.) schließen sich dem Vordere an. Abg. **Reich** (natl.) In der Würdigung der hohen kulturellen Bedeutung der Säuglingsfürsorge bin ich mit den Herren Vordere einig. In erster Linie ist sie aber Aufgabe der Kommune. (Sehr richtig! rechts.)

Der Titel wird bewilligt, die Abminderung über die Resolution Wassermann soll in der dritten Lesung erfolgen. Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose werden 100000 Mark verlangt.

Abg. **Bietzsch** (Soz.): Die Tuberkulose ist recht eigentlich die Verfallskrankheit der Vorkriegs- und Kriegszeit. Die Untersuchungen von Dr. Sommerfeld über die Verhältnisse in der königlichen Vorkriegsanstalt im Jahre 1893 ergab, daß

92 Prozent der Arbeiter an den Atmungsorganen erkrankt waren. Seitdem hat die Vorkriegsanstalt eine großartigen Aufschwung genommen, aber die sanitären Verhältnisse sind jedenfalls nicht besser, wenn nicht sogar schlechter geworden. Bei dem Aufschwung der Unternehmungen hätte für die Gesundheit der Arbeiter mehr getan werden müssen.

Präsident Graf **Schönerlin**: Diese ganz allgemeinen Ausführungen über die Tuberkulose sind den Vorkriegsarbeitern gehören nicht zum Titel, sondern eher zum Kapitel: Gesundheitsamt.

Abg. **Bietzsch** (Soz.) vermahnt sich gegen diese Auffassung. Seine Ausführungen seien eine Begründung für die von ihm gewünschte Erhöhung des Titels. — Beim Kapitel: Gesundheitsamt ist mir durch Befehlshaus das Wort abgenommen worden. Immerhin aber wird der Herr Präsident ausgehen, daß meine Ausführungen auch zum gegenwärtigen Titel noch besser passen, als die Johns und Bauerndehnte zum Titel: „Staatskassendberichterstattung“. (Zust. b. d. Soz., Zuruf b. d. Antikamern: Recht!)

Präsident Graf **Schönerlin** bleibt bei seiner Auffassung und ruft den Abg. Bietzsch, der seine Ausführungen vorliest, zur Ruhe.

Abg. **Bietzsch** (Soz.): Dann behalte ich mir vor, meine Ausführungen über die Bekämpfung des Gesundheitsamts zu machen.

Der Titel wird bewilligt.

Im außerordentlichen Etat werden 4 Millionen zur Förderung des Hauses der Heimvolkshäuser für Arbeiter und kleine Beamte der Reichsbetriebe gefordert.

Abg. **Jäger** (Centr.) und Abg. **Dr. Weber** (natl.) treten für Förderung der Wohnungsfürsorge ein. Letzterer regt die Erhöhung des Fonds an.

Abg. **Dr. Ebelum** (Soz.): Das Reichsamt des Innern hätte bedenken sollen, daß die Verminderung dieses Fonds einen schlechten Eindruck

macht. Die Organe, welche die Hausbesitzerinteressen vertreten, haben denn auch mit Jubel darauf hingewiesen, daß das Reich mehr und mehr davon abzukommen scheine, die Wohnungsbauverhältnisse der Arbeiter zu verbessern. Uns liegt daran, daß eine solche Meinung nicht aufkommt, sondern daß der Reichstag einmütig der Regierung empfiehlt, für die Wohnungsbekämpfung der Arbeiter des Reiches möglichst viel aufzuwenden.

Rebner kommt auf die Verhandlung des Grundbesitzes zu sprechen. Stück für Stück wird die Umzäunung Berlins der privaten Bodenbesitzer überlassen, und es werden in einer Zone, die nur als Erholungsstätte des Volkes, als Lunge der Großstadt einen Wert hat, die

#### unerhörte Bodenpreise

geschaffen. Der gegenwärtige Landwirtschaftsminister und seine Räte werden dem Rinde späterer Generationen nicht die Verpflichtung hier eintragen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Angehörig dieser Verhältnisse ist die Zurückführung dieses Fonds nur um so mehr zu befehlen. (Sehr, Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär **Debes** berichtet, daß das Reichsamt die Ehrenpflicht erfüllen werde für gute Wohnungen seiner Beamten und Arbeiter zu sorgen.

Abg. **Dobbe** (Frei. Vpl.) bedeutet die Verminderung des Fonds und spricht gegen das Hausbesitzerprivileg in den Kommunen, welches das Hausbesitzerprivileg sozialer Kommunal- und Wohnungsprivileg ist. (b. d. Soz.)

Abg. **Erzberger** (Centr.) schließt sich den Ausführungen Ebelums über das Verlangen des Reiches in der Wohnungsfrage an. Das Hausbesitzerprivileg sei besonders deshalb zu verurteilen, weil die Hausbesitzer durchweg gleichzeitig Terrainbesitzer sind.

Der Titel wird bewilligt, der Rest des Etats ebenfalls bewilligt.

## Der Marineetat.

Die allgemeine Debatte beginnt mit dem Titel: Staatssekretär, zu dem eine Resolution **Albrecht** u. Gen. (Soz.) vorliegt, auf Einsetzung einer Kommission, die alle Välle aus Mitgliedern des Reichstages bestehen und die Aufgabe haben soll, die durch die stiel Schmutzgerücherverhandlungen entstandenen Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Reichswehren zu untersuchen.

Abg. **Oppersdorf** (Centr.): Beim Marineetat sind diese Gelder nicht zur Verfügung. Auch die Besatzungen seien in den letzten sechs Jahren um 80 Prozent gestiegen. Angesichts der hohen Ausgaben müssen wir wieder den Gebanten anregen, ob nicht das Betrüben der Nationen durch Vertrag besiegelt werden kann.

Rebner beantragt Beschränkung der Werkkontrolle. Er wünscht einen Oberkontrollrat ohne gesellschaftliche und dienstliche Abhängigkeit, ohne Uniform und Grad, und rügt die Position des Reiches der Firma Krupp gegenüber, die mit jedem neuen Kontakt sich unzulässig gefalle. (Hört, hört!)

Sollenhaft gelangt es dem Staatssekretär **Burck** u. Gen. (Soz.): Der letzte Nachschub der Werkstoffe ist durch den Aufbruch auf die Marine, aber nicht auf jede Einzelheit des Etats.

Abg. **Dr. Ebelum** (Soz.): Staatssekretär des Reichsmarineamts **Erpich** ist sehr darzulegen, daß der Etat ein durchaus günstiges Bild bietet. Zur Frage Sprung mache ich, daß mir die Vorkriegsrechnung genau zu Gunsten des Reiches ausfällt. Angesichts der Verdrängung der Konkurrenz nur erreichen lassen würde. Wir haben übrigens im Jahre 1904 bei der Firma Erhardt ein Marinegeschütz bestellt und warten noch heute darauf. (Sehr, hört, hört!)

Mit den Geldern, die der Marineverwaltung zur Verfügung gestellt werden, ist für die Wirtschaftlichkeit Gehörliches geleistet worden, und unsere Marine kann sich neben jeder andern der Welt sehen lassen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Ehler** u. **Putz** (konf.) rühmt in längeren Darlegungen die Marine als Instrument zur Erhaltung des Friedens. Die Marineverwaltung sei nicht vertriebt, sie löse vielmehr ihre Aufgabe in einer Weise, daß die Freunde an unserer Flotte immer mehr wächst. (Bravo! rechts.)

Abg. **Dr. Semmler** (natl.): Der Vorstoß des Zentrumsredners gegen den Marineetat ist sehr überflüssig. Soll das etwa einen Kampf bedeuten unter dem Kriegsruf: „Die Krupp — die Kaiserin!“ Andere Schiffe müssen wir beschaffen. Die deutsche Flotte ist die Beste des Grafen Oppersdorf doppelte bedauerlich. Das Maß unserer Rüstungen müssen wir selbst bestimmen. (Sehr, Weif. b. d. Natl.)

Abg. **Dr. Leonhardt** (Frei. Vpl.): Wir wünschen dringend gute, friedliche Beziehungen zu England. Infrere Flotte soll ein Friedensinstrument sein. Die Wirtschaftlichkeit Gehörliches Ausgaben für die Marine werden bald wieder neue Steuern notwendig machen. (Sehr richtig! links.)

Ich habe namens meiner Freunde zu erklären, daß wir alle Mitglieder der Kommission im Plenum aufrecht erhalten.

Der Oberverwalter in Kiel hat Untersuchungen angefertigt über die Beziehungen von Werkbeamten zu Abgeordneten. (Hört, hört! links.) Wir verbiten uns aus das Entscheidung derartige Schmutzereien gegen Reichstagsabgeordnete. (Sehr, Weif. links.)

Staatssekretär **Erpich** betont, daß keinerlei Anweisungen ergangen sei, welche den Werkbeamten den Verkehr mit Abgeordneten verbietet.

Abg. **Dr. Ebelum** (Soz.): Die Entfaltungen über die Mißstände auf den Werften haben im Volke und bei den Abgeordneten eine große Spannung hervorgerufen. Bei den Abgeordneten wurde sie noch

bermehrt durch die Mitteilungen des Grafen Oppersdorf in Bezug auf die

**Bevorzugung bei den Lieferungen.**

Der Staatssekretär glaubte, das mit leichter Hand erledigen zu können, indem er darauf hinwies, daß die Firma Erhardt einen Auftrag seit dem Jahre 1904 noch nicht ausgeführt habe. Es ist aber klar, daß keine Firma sich darauf einlassen kann, ein einzelnes Gefäß zu liefern, wenn für nicht einmal die Abnahme von einem halben Dutzend gefordert wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Staatssekretär vertritt seine Stellung gegenüber der Firma Krupp. Da diese Firma ein Lieferungsmonopol, so hat doch auch das Marineamt ein Abnahmemonopol, denn Privatloten gibt es noch nicht. (Stil. u. Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei solchen Erklärungen erinnere ich mich des Abg. **Wißner**, der im Jahre 1902 sagte, den Erklärungen des Reichsmarineamts müsse man

nach mehr Misstrauen

entgegenbringen als man Erklärungen vom Regierungstisch im allgemeinen schon schuldig ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist nämlich sehr eigenartig, daß der Staatssekretär behaupten kann, ein Ersatz sei nicht erlangt, wenigstens von ihm nicht, der den Beamten den Verkehr mit Abgeordneten verbietet. Sollten in der Marineverwaltung nicht auch andere hinterhältige auf etwas selbständige Stellen sein?

Der Staatssekretär hängt mit den Fragen unter inneren und äußeren Politik zusammen. Daß die Marine auch an dem Finanzamt des Reiches schuld

ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. Sie fördert nicht die Entwicklung unseres Handels, sondern schädigt sie, das hat auch die Handelskammer von Altona anerkannt, als sie bei der Finanzreform und was an uns wandte und sagte, mit der Marine könne es nicht so weiter gehen wie bisher. Beim Reichsamt des Innern wurden trotz der Wichtigkeit der Wohnungsfrage 2 Millionen weniger in den Etat eingeleitet als früher. Ebenso fehlt es an Geld für die Witwen- und Waisenversicherung über die Pensionversicherung der Privatbeamten, aber bei der Marine nicht das.

Weshalb nun weiter hinausgeworfen.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Weiter hängt die Rentenpolitik mit unserer äußeren Politik zusammen. Infrere Flotte ist nicht die Wirkung, sondern die Ursache unserer Spannung zu fremden Mächten. Bei dem letzten Wahlkampf in England spielte in auch die deutsche Flotte eine ganz hervorragende Rolle. Einmal mag es aber die Erkenntnis ausgehen von der Notwendigkeit einer

**Verhängung der Flotte.**

über ihre Notwendigkeiten. Und wenn sich das heutige System der Organisation der Flotte unfähig erweist, diesen Gedanken zu verwirklichen, so wird es in einem großen Weltkriege wahrlich identisch der Boden unter den Füßen verlieren und anderen Schicksal Platz machen, denen das Problem nicht mehr unlösbar ist. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Der im flottenökonomischen Enthusiasmus alles bewilligt, was der Marineetat fordert, der sollte sich auch der Konsequenzen bewußt sein. Aus Gründen der Landesverteidigung brauchen wir keine größere Flotte, denn

**Deutschland ist eine Landmacht.**

Es kann heute überhaupt nur dasjenige Volk unter den großen Mächten über ein anderes stehen, wenn es moralisch überlegen ist. Ich erinnere an das Beispiel des großen Japan, das es sich durch Japan auszuweisen konnte, nicht weil ihm die Mächte schicklich schienen, sondern weil es durch das autoritative Regime im Laufe der Jahrhunderte zur moralischen Vindiktariatiertheit übergeführt war. (Bravo! b. d. Soz.)

Wenn in Preußen die Politik der Reaktion so weiter getrieben wird, dann wird auch der Rest der Hofnung zerstört, daß Sie (noch rechts) das Volk jemals für Ihre Interessen begehren werden. (Bravo! Schmerin: Die preussische Politik hat mit dem Marineetat nichts zu tun. Sehr, Widerspruch b. d. Soz.)

Eben wegen der Zusammenhänge, in deren Entwicklung ich unterbrochen werde, eben wegen des Zusammenhangs mit der reaktionären Politik im Innern unseres Landes können wir auch einen Teil des Gehalts nicht bewilligen. Dem Teil, sowie dem Gehalts bewilligen wir

**Keinen Mann und keinen Groschen!**

(Sehr, Bravo! b. d. Soz.) Reichstagsabg. **Wethmann** betont die friedlichen Absichten, aus welchen heraus die deutsche Flotte gebaut wird. Insbesondere ist es unter Wunsch, ein friedliches und freundliches Verhältnis zu England zu pflegen. (Bravo!) Den freien Weltverkehr aller Nationen kann keine Macht auf der Erde mehr ausschalten oder unterdrücken. Ich bin überzeugt, daß wir auf dieser Grundlage die vertrauensvollen Beziehungen, die wir zur englischen Regierung unterhalten, gleich günstig fortentwickeln werden. (Sehr, Weif. links.)

Abg. **Erzberger** (Centr.): Wir stehen nach wie vor auf dem Boden des Flottenengagements und haben keinen Vorstoß aus das Flottenengagements vor, wie Herr Dr. Semmler glaubt. (Sehr, Weif. links.) Wir wollen eine starke Flotte zum Schutz, nicht zum Angriff. Mit der Förderung von Maßnahmen gegen das Kruppische Monopol ist Graf Oppersdorf — das mag ich Herrn Semmler sagen lassen — nur den Spuren der Abg. Baasche und Görde gefolgt. (Hört, hört! links.) Die Erklärung des Staatssekretärs bezüglich des stiel Erlasses genügt nicht. (Sehr, Weif. links.)

Ein zureichendes Kapital ist für die Materialbeschaffungen. Wir werden dem Staatssekretär das Material anzuordnen und rechnen auf strenge Unterlegung. (Beifall links.)

Staatssekretär **Erpich** ist auf die Unterlegung der Materialbeschaffungen über das Verhältnis zur Firma Krupp. Er rühmt sich der Willkür, die er der Firma Krupp abzugeben darf. (Hört, hört! links.)

Reichsmarineamts mit der Firma Krupp, um zu beweisen, daß man zurecht auf Krupp angewiesen ist, auf Montagen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

(Schluß 6¼ Uhr.)

## Quittung.

Für Beitragsmede: 7. Ditttritz 0,90, Ueberlauf von dem Bergmann des 5. Ditttritz im Behlen Dreier 5 Mk. Reimand.

# Das echte MAGGI hilft sparen!

Jede schwache Bouillon oder Suppe, ebenso Saucen, Gemüse und Salate erhalten augenblicklich kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI-Würze.

— Achtung vor Nachahmungen! —

— Probefläschchen 10 Pfg. —



# Gewerkschaftliches.

Sein Zerwürf.

Den Grauburger Arbeitervereinen gefügt ist nicht, daß sich die Gesellen ihrer Organisation anschließen, und weil sie die Gesellen durch ihre Überzeugungsarbeit nicht davon abbringen konnten, verfuhr sie durch die Willkürerbände einen Druck auf den Vize der Verammlungslosals auszuüben. Bei dem Kommandant der Verammlungslosals die Jüngsten den Losalhaber und erzieht sich, daß von dieser Stelle nachfolgendes Schreiben an den Vize gerichtete wurde:

Es ist hier zur Anzeige gelangt, daß in Ihrem Lokal der Verein losaldemokratische GdGersellen seine Versammlungen abhält. Da in Ihrem Lokal auch Soldaten der Garnison verkehren, so erlaßt die Kommandantur, bevor weiteres beantragt wird, zur Verhütung, ob Sie gewillt sind, dem vorgenannten Verein auch weiterhin den Besuch Ihres Lokals zu gestatten. - Sollte Sie zum 20. d. M. eine verbindliche Antwort nicht eingegangen sein, so nimmt die Kommandantur an, daß Sie Ihr Lokal auch weiterhin dem Sozialdemokraten zur Verfügung stellen und wird daraufhin ihre Maßnahmen treffen.

Wahres, Generalintendant und Kommandant.

Wenn das nicht geht, hilft gar nichts mehr!

## Wenn „Streitbrecher“ keine Beteiligung ist.

Der Gauleiter Lankeß vom Baderbunde flagte gegen einen „Gelben“ in Donau, der in der Rede zu einem anderen Gelben gelangt hatte: „Der Lankeß ist jetzt ein Streitbrecher.“ Das Landgericht wies die Klage in der Berufungsinstante ab mit der gleichen Begründung, die schon das Schöffengericht gegen beide. Die Bezeichnung „Streitbrecher“ sei an sich nicht beleidigend, es komme dabei „auf die besonderen Umstände an“.

Als aber im vorigen Jahre der Stadtratsmitglied Salomon gelegentlich das Baderbunde ein Eingeladener der Partei, in dem daran eingeladen wurde, daß eine Baderer Zeitung beschlagnahmt wurde, er von demselben Gericht, obwohl er keine

Rosen genannt hatte, zu 150 RM. Geldstrafe verurteilt. - Wenn zwei beiseite tun, so ist es noch lange nicht beseitigt.

## Der Brauerarbeiterverband im Jahre 1909.

Zunächst besonders auf die Brauindustrie nach im Jahre 1909 wirtschaflichen Depression und der erheblichen Abnahme des Bierkonsums infolge der Braukosten- und Bierpreissteigerung, durch welche die Löhne der Arbeiter in der Brauindustrie eine bedeutende Verminderung erfuhr, ist es dem Brauerarbeiterverband gelungen, die Zahl der Mitglieder im letzten Jahre um 817 zu erhöhen; der Verband zählte im Jahre 1909 33 800 Mitglieder. Auch in finanzieller Beziehung hat sich der Verband verhältnismäßig gut entwickelt. Die Gesamtvermögen stiegen von 749 064 RM. im Jahre 1908 auf 784 613 RM. im Jahre 1909. An Unterfertigungen ausschließlich Streitunterfertigung wurden gezahlt 333 454 RM. gegen 200 088 RM. im Jahre 1908. Unter dieser Unterfertigungsumme befinden sich 14 865 RM. Extraunterfertigung an die Opfer des Schmapelbros. Ohne die Losalbefehle stieg das Verbandsvermögen von 592 623 RM. Ende 1908 auf 744 808 RM. Ende 1909.

## Zerwürfnisse in der Brauindustrie.

Einen großen Schritt nach vornwärts in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bedeutet der zwischen dem Brauerarbeiterverband und der Lagerbier-Brauerei Wälzel bei Hannover abgeschlossene Tarifvertrag. Die bisher 9½ Stunden dauernde Arbeitszeit wurde für den Sommer auf 9 Stunden, und für den Winter auf 8½ Stunden herabgesetzt. Der Lohn wurde um 2,50 Mark pro Woche für alle Arbeiterkategorien erhöht, dazu kommt eine weitere jährliche Steigerung um 1 RM. pro Woche, ferner Erweiterung des Urlaubs ohne Lohnabzug auf drei Wochen, nach einjährig und zehn Tage nach dreijähriger Beschäftigung. Die Arbeiter des Betriebes gehören sämtlich dem Brauerarbeiterverband an.

## Knappung in der Brauindustrie.

In Breitenbrunn im Sommer des letzten Jahres die Organisation der Lagerbierarbeiter eingeleitet worden. Das Bestreben der organisierten Arbeiter, ihre erbärmlichen Löhne zu ver-

bessern und die harte Festschreibung der als Verdingen bezeichneten billigen jugendlichen Arbeiter zu verhindern, war den Unternehmern gegenständig, sie warteten nur auf eine günstige Gelegenheit zur Sprengung der ihnen verhassten Arbeiterorganisation. Jetzt, infolge des milden Winters, in dem wenig Bier geflossen wurde, hielten die Fabrikanten den Zeitpunkt für gekommen. Sie hielten das Verlangen an die Arbeiter, entweder aus der Organisation auszutreten oder die Arbeit aufzugeben. Die Arbeiter der Brauindustrie, die sich dem Verlangen der Fabrikanten nicht beugen wollten, wurden durch die Fabrikanten in die Konsumvereine (V) in Brandenburg und Sommer beauftragt, traten nicht aus der Organisation aus, sie wurden deshalb entlassen. Die gleiche organisationsfeindliche Haltung nimmt die Lagerbierfabrik A. Stroh in Gberswalde ein. Inaug von Arbeiterkategorien nach diesen Orten, sowie nach Greifswald und Stettin, wo ebenfalls Arbeiter wegen ihrer Organisationsangehörigkeit entlassen worden sind, ist feuerhaltend.

## Warnung an deutsche Lithographen vor Arbeitsangeboten nach Amerika und Schweden.

Durch die bürgerliche Presse gehen fortgesetzt Anträge gewissensloser Agenten, die Lithographen vor Auswanderung nach Amerika zu warnen wollen. Es werden dabei recht annehmbare Löhne in Aussicht gestellt. Im Wirklichen liegen aber die Verhältnisse in Amerika genau im Gegenteil zu dem, was diese schmeicheleichen Agenten in Aussicht stellen. Es ist nicht möglich zu werden, ob sich in Amerika für die Lithographen die Lage in nächster Zeit bessern wird. Wir warnen deshalb vor Auswanderung nach Amerika. In Amerika (Südwesten) befindet sich das Personal der Schiffs Lithographische Unterabteilung im Auslande. - Ankünfte erteilen die internationalen Vertrauensleute über den Verband der Lithographen, Steinbrüder und verwandte Berufe.

## Zur Gründung einer eigenen Presse im Zeiger Kreise.

Zeit. Vom Turnverein Dellen beim Vergnügen in Rixdorf 4 RM. Vom Bund der Arbeiter 1 RM. A. Leopold.

# Provincial-Bezugsquellen-Verzeichnis.

<p><b>Erscheint 3 mal wöchentlich.</b></p>	<p><b>Emil Joske, Weißenfels,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Grütes Geschäfte, Wäsche u. Kleiderstoffe,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Grütes Geschäfte, Wäsche u. Kleiderstoffe,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Gustav Schulz, Wäsche-Druckerei,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Zeitungs-Vertrieb,</b> Zeitungen, Zeitschriften, Anzeigen.</p>
<p><b>Richter, Gust.</b> Weißenfels, Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Schlesinger, J. Weißenfels,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Sobersky, H. Zeitz,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Emil Joske, Weißenfels,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Gustav Schulz, Wäsche-Druckerei,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Zeitungs-Vertrieb,</b> Zeitungen, Zeitschriften, Anzeigen.</p>
<p><b>Apitzsch, Paul Bitterfeld,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Bohrmann, Alh. Weißenfels,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Emil Joske, Weißenfels,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Grütes Geschäfte, Wäsche u. Kleiderstoffe,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Gustav Schulz, Wäsche-Druckerei,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Zeitungs-Vertrieb,</b> Zeitungen, Zeitschriften, Anzeigen.</p>
<p><b>Apitzsch, Paul Bitterfeld,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Bohrmann, Alh. Weißenfels,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Emil Joske, Weißenfels,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Grütes Geschäfte, Wäsche u. Kleiderstoffe,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Gustav Schulz, Wäsche-Druckerei,</b> Kleiderstoffe, Damme u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Leinwand, Gardinen, Teppiche, Tricotagen, Herrentartikel, Damensets, Kurwaren, Schneiderarbeiten.</p>	<p><b>Zeitungs-Vertrieb,</b> Zeitungen, Zeitschriften, Anzeigen.</p>